

Sand im Getriebe 30

Der Rundbrief "Sand im Getriebe" ist ein Medium für Menschen, die eine Welt jenseits der neoliberalen Globalisierung verwirklichen wollen. Er gibt Texten von AutorInnen unterschiedlicher Gesinnung einen gemeinsamen Ort. Die enthaltenen Positionen sind nicht notwendigerweise solche der ATTAC-Bewegung.

rtf/pdf-Version unter www.attac.de/rundbriefe html-Version unter www.attac-austria.org/sig/sig.php email an die Redaktion: sig@attac.de

Weltsozialforum in Mumbai (Indien):

„WIR müssen der globale Widerstand gegen die Besatzung werden!“ (A. Roy)

Das Weltsozialforum 2004 in Mumbai (Bombay) war - nach allem, was man hört und liest - ein Riesenerfolg.

Es hat den vielfältigen rebellischen Bewegungen auf dem indischen Subkontinent Auftrieb gegeben. (Sven Giegold und Bernard Cassen). Es hat zur Verfestigung der globalisierungskritischen Netzwerke und zur Vereinbarung gemeinsamer Aktionen (20.3.) und Kampagnen (Auflösung von allen ausländischen Militärstützpunkten) geführt. (**Erklärung der sozialen Bewegungen**)

Das WSF musste sich in diesem Jahr allerdings auch Kritik gefallen lassen
(**Charta vom WSF und von Mumbai Resistance im Vergleich**).

Bedingt durch die neue Weltlage nach dem Überfall auf den Irak ist es zu einer begrifflichen Präzisierung gekommen. In den Gründungstagen von Attac waren es die Finanzmärkte und dann der „Neoliberalismus“, worin die Ursachen für die drei fundamentalen Übel (soziale Polarisierung, chaotische Krisenhaftigkeit, Umweltzerstörung) der vorherrschenden Wirtschafts(Un)ordnung gesehen wurde.

Arundhati Roy geht in ihrer hier dokumentierten Rede auf dem WSF einen Schritt weiter:

„Jedenfalls ist neuer Imperialismus bereits über uns gekommen. Es ist eine remodellierte, modernisierte Fassung dessen, was wir einst kannten. Er wendet verschiedene Waffen an, um unterschiedliche Märkte aufzubrechen. Es gibt kein Land auf Gottes Erden, das sich nicht im Fadenkreuz amerikanischer Marschflugkörper und IWF-Scheckbücher befindet. Argentinien ist das Modell für die Titelfigur des neoliberalen Kapitalismus, Irak hingegen das schwarze Schaf.“

Der Gott der freien Marktwirtschaft, der Neoliberalismus, ist nicht das einzige Übel.

Der Gott des imperialen Ressourcen-Raub-Krieges gesellt sich hinzu.

Allerdings: Wo Unterdrückung ist, ist auch Widerstand. Welche Strategie und Taktik verfolgt der irakische Widerstand? Darf er nur und ausschließlich pazifistisch sein? Wird man so das Besatzungsregime los? Wie verhindert man, dass die neoliberalen Strukturen durch die Besatzer in Stein gemeißelt werden? Dürfen wir dem irakischen Widerstand seine Methoden vorschreiben? Darüber entfaltet sich eine heftige Debatte, die wir hier dokumentieren (die **Roy-Debatte**)

„Wenn alle von uns wirklich gegen Imperialismus und gegen das Projekt des Neoliberalismus sind, dann lasst uns den Blick auf Irak werfen. Irak ist die unvermeidliche Kulmination von beidem.“ Die Ähnlichkeiten zum Vietnamkrieg und der weltweiten Rebellion 1968 dagegen drängen sich auf, allerdings auch die Unterschiede. Sie werden – mit unterschiedlichen Standpunkten - von zwei Recken des Vietnam-Kongress 1968 (**Bahman Nirumand** und **Christian Semler**) und von **Jürgen Grässlin** reflektiert.

Jedenfalls ruft uns Arundhati Roy zu „WIR müssen der globale Widerstand gegen die Besatzung werden“. Das machen wir am besten dadurch, dass wir verhindern, dass deutsche Truppen doch noch im Rahmen der NATO in den Irak geschickt werden. (**Aktionen gegen Münchener NATO-Konferenz, Schwerpunkte des Bundesausschusses Friedensratschlag**). Auch dadurch, dass wir für den internationalen Protesttag gegen den Krieg und die Besatzung im Irak seitens der USA, Großbritanniens und ihrer Verbündeten (**20.März**) und ebenfalls für den europaweiten Protestaktionen gegen Sozialkahlschlag (**2./3.April**) mobilisieren.

Feiertagsproteste stoppen keine Kriege

**Der neue Imperialismus ist bereits über uns gekommen.
Rede der indischen Schriftstellerin Arundhati Roy
auf dem 4. Weltsozialforum in Mumbai**

Im Januar vorigen Jahres versammelten sich Tausende von uns aus der ganzen Welt im brasilianischen Porto Alegre und erklärten: »Eine andere Welt ist möglich.« Ein paar tausend Meilen weiter nördlich dachten in Washington George Bush und seine Berater das gleiche. Unser Projekt war das Weltsozialforum. Ihr Ziel war es, das voranzubringen, was viele »Das Projekt für das neue amerikanische Jahrhundert« nennen.

In großen Städten Europas und Amerikas, wo solche Dinge noch vor ein paar Jahren nur geflüstert worden wären, sprechen Menschen nun offen von den guten Seiten des Imperialismus und von der Notwendigkeit eines starken Imperiums, um eine aufsässige Welt zu überwachen. Die neuen Missionare wollen Ordnung auf Kosten von Gerechtigkeit. Disziplin auf Kosten von Würde. Und Überlegenheit um jeden Preis. Gelegentlich werden einige von uns eingeladen, das Problem auf »neutralen Plattformen zu debattieren«, die von Medienkonzernen gestellt werden. Imperialismus debattieren ist ein bißchen wie das Für und Wider von Vergewaltigung abzuwägen. Was können wir dazu sagen? Dass wir so was wirklich vermissen?

Im Krieg gegen den Terror wird Armut mit Terrorismus vermischt

Jedenfalls ist neuer Imperialismus bereits über uns gekommen. Es ist eine remodellierte, modernisierte Fassung dessen, was wir einst kannten. Erstmals in der Geschichte hat ein einziges Imperium mit einem Waffenarsenal, das die Welt an einem Nachmittag auslöschen kann, komplette, unipolare wirtschaftliche und militärische Hegemonie. Es wendet verschiedene Waffen an, um unterschiedliche Märkte aufzubrechen. Es gibt kein Land auf Gottes Erden, das sich nicht im Fadenkreuz amerikanischer Marschflugkörper und IWF-Scheckbücher befindet. Argentinien ist das Modell für die Titelfigur des neoliberalen Kapitalismus, Irak hingegen das schwarze Schaf.

Arme Länder, die geopolitisch von strategischem Wert für das Imperium sind oder einen »Markt« haben, der privatisiert werden kann, oder um Gottes Willen wertvolle natürliche Ressourcen wie Öl, Gold, Diamanten, Kobalt, Kohle besitzen, müssen sich wie angeordnet verhalten, oder sie werden zu militärischen Zielen. Jene mit den größten natürlichen Reichtümern sind am meisten gefährdet. Sollten sie nicht bereitwillig ihre Ressourcen der Konzernmaschinerie ausliefern, werden zivile Unruhen initiiert oder Kriege vom Zaun gebrochen. In diesem neuen Zeitalter des Imperiums, da nichts mehr so ist wie es scheint, dürfen Manager interessierter Companies außenpolitische Entscheidungen beeinflussen. Das Zentrum für Öffentliche Integrität in Washington fand heraus, dass neun von 30 Mitgliedern des Ausschusses für Verteidigungspolitik der US-Regierung mit Unternehmen verhandelt waren, denen zwischen 2001 und 2002 Aufträge im Verteidigungssektor in Höhe von 76 Milliarden Dollar zugeschanzt wurden.

George Shultz, der frühere US-Außenminister, war Vorsitzender des Komitees für die Befreiung Iraks. Er sitzt auch im Aufsichtsrat der Bechtel-Gruppe. Über einen Interessenkonflikt im Kriegsfall gegen Irak befragt, sagte er: »Ich weiß nicht, ob Bechtel daraus besonderen Nutzen ziehen würde. Aber wenn dort Arbeit verrichtet werden muss, dann ist Bechtel der Firmentyp, der das machen könnte. Aber niemand betrachtet das als etwas, von dem man profitiert.« Nach dem Krieg schloss Bechtel einen Vertrag über 680 Millionen Dollar für die Rekonstruktion im Irak ab.

Diese brutale Blaupause ist immer wieder verwendet worden – quer durch Lateinamerika, Afrika, Mittel- und Südostasien. Das hat Millionen Menschenleben gekostet. Natürlich wird jeder Krieg des Imperiums zum gerechten Krieg erklärt. Das hängt zum großen Teil von der Rolle der Medienkonzerne ab. Es ist wichtig zu verstehen, dass Medienkonzerne nicht lediglich das neoliberale Projekt unterstützen. Sie sind das neoliberale Projekt. Das ist keine moralische Position, die sie sich ausgewählt haben, sondern strukturell bedingt. Es ist wesentlich für die Ökonomien, wie die Massenmedien arbeiten. Viele Nationen haben – ähnlich wie Familien –

entsetzliche Geheimnisse. Deshalb haben es die Medien oft gar nicht nötig zu lügen. Was betont und was weggelassen wird, zählt.

Nehmen wir zum Beispiel an, Indien wäre als Ziel für einen gerechten Krieg ausgewählt worden. Der Fakt, daß 80 000 Menschen seit 1989 in Kaschmir getötet worden sind, die meisten von ihnen Muslime, und die meisten von ihnen durch indische Sicherheitskräfte (was einen Jahresdurchschnitt von ungefähr 6 000 ergibt); der Fakt, daß im März 2003 über 2000 Muslime auf den Straßen in Gujarat ermordet, das Frauen von Gruppen vergewaltigt und Kinder bei lebendigem Leibe verbrannt und 150 000 Menschen aus ihren Heimen vertrieben wurden, während die Polizei und die Administration zuschauten und sich mitunter aktiv beteiligten; der Fakt, dass niemand für diese Verbrechen bestraft und die Regierung, die das überblickte, wieder gewählt wurde – all das würde perfekte Schlagzeilen liefern für internationale Zeitungen im Zulauf auf einen Krieg. Weiter wissen wir, dass unsere Städte von Marschflugkörpern dem Erdboden gleichgemacht würden, unsere Dörfer mit Stacheldraht umzäunt, US-Soldaten durch unsere Straßen patrouillieren würden und Narendra Modi, Pravin Togadia oder irgendein anderer populärer Eiferer zu besten TV-Sendezeiten sich – wie Saddam Hussein im US-Gewahrsam – ihr Haar nach Läusen durchsuchen und ihre Zahnfüllungen überprüfen lassen müssten.

Aber solange unsere »Märkte« offen sind, solange Enron, Bechtel, Halliburton, Arthur Andersen freie Hand gelassen wird, können unsere »demokratisch gewählten« Führer sorglos die Linien zwischen Demokratie und Faschismus verwischen. Die feige Bereitschaft unserer Regierung, die stolze Tradition der Blockfreiheit aufzugeben, ihr Drang an die Spitze der komplett Gebundenen (die Modephrase lautet »natürliche Verbündete«, zu denen Indien, Israel und die USA zählen) haben ihr Beinfreiheit gegeben, sich in ein repressives Regime zu verwandeln ohne Verlust ihrer Legitimität. Die Opfer einer Regierung sind nicht nur jene, die sie tötet und einkerkert. Auch jene müssen zu ihnen gerechnet werden, die enteignet, vertrieben und zu einem Leben in Hunger und Entbehrung verurteilt sind. Millionen Menschen sind durch »Entwicklungsprojekte« enteignet worden. In den vergangenen 55 Jahren haben in Indien durch Großdämme zwischen 33 und 55 Millionen Bürger ihre Siedlungsgebiete verloren. Sie haben keine Chance auf Gerechtigkeit.

In den letzten beiden Jahren gab es eine Serie von Zwischenfällen, bei denen die Polizei das Feuer auf friedlich Protestierende, meistens Dalits und Adivasi, eröffnete. Die Armen und besonders die Dalits und Adivasi-Gemeinschaften werden getötet, weil sie Forstland nutzen, und sie werden getötet, wenn sie die Nutzung von Forstland für Dämme, den Bergbau, Stahlwerke und andere »Entwicklungsprojekte« zu verhindern suchen. In nahezu jedem Fall, in dem die Polizei schoss, behauptete die Regierung, die Polizei sei durch Gewaltakte provoziert worden. Jene, auf die geschossen wurde, werden sofort als Militante abgestempelt.

Quer durchs Land hat man unschuldige Menschen, inklusive Minderjährige, nach dem Gesetz zur Verhinderung von Terrorismus eingesperrt und hält sie ohne Prozess endlos fest. In der Ära des Krieges gegen Terror wird Armut hinterhältig mit Terrorismus vermischt. In der Ära von korporativer Globalisierung ist Armut ein Verbrechen. Protest gegen weitere Verarmung ist Terrorismus. Und nun sagt unser höchstes Gericht sogar, streiken ist ein Verbrechen. Kritik an den Gerichten ist selbstverständlich auch ein Verbrechen.

Wie der alte Imperialismus beruht auch der neue Imperialismus auf einem Netzwerk von Agenten, korrupten lokalen Eliten, die dem Imperium dienen. Wir alle kennen die schlimme Geschichte von Enron in Indien. Die damalige Regierung von Maharashtra schloss ein Abkommen über Stromlieferungen, die Enron Profite sicherten, die 60 Prozent des gesamten indischen Budgets für die landwirtschaftliche Entwicklung ausmachten. Einer einzigen amerikanischen Company wurde ein Profit garantiert im Äquivalent von Fonds zur Entwicklung der Infrastruktur für etwa 500 Millionen Menschen!

Cancun lehrte uns, internationale Allianzen zu schmieden

Anders als zu alten Zeiten muss der neue Imperialist sich nicht durch die Tropen schleppen, Malaria, Durchfälle und einen frühen Tod riskierend. Neuer Imperialismus kann über EMail ausgeführt werden. Die vulgären, klassischen Rassisten des alten Imperialismus sind überholt. Der Eckstein des neuen Imperialismus ist neuer Rassismus. *(Hier folgt eine ausführliche Passage, in der Arundhati Roy ironisch Truthähne, die nicht zum US-Erntedankfest auf dem Festtisch landen, mit den neuen, »sorgfältig gezüchteten Truthähnen, den lokalen Eliten verschiedener Länder, einer Gemeinschaft reicher Immigranten, Investment-Bankern, Leuten wie Colin Powell oder Condoleezza Rice, einigen Sängern und Schriftstellern«, vergleicht, die sie unter Begünstigte im neuen Rassismus eingruppiert. »Die Millionen anderen verlieren ihre Jobs, werden aus ihren Wohnungen geworfen, bekommen Wasser und Strom abgedreht und sterben an AIDS«, sagt sie in diesem Kapitel.)*

Teil des Projekts neuer Rassismus ist neuer Genozid. In dieser Ära neuer wirtschaftlicher Interdependenz kann neuer Genozid durch ökonomische Sanktionen gefördert werden. Das heißt, Bedingungen zu schaffen, die zum

Massensterben führen, ohne dass man Menschen direkt töten muss. Dennis Halliday, von 1997 bis 1998 UN-Koordinator für humanitäre Angelegenheiten in Irak (danach trat er angeekelt zurück), verwendete den Begriff Völkermord, um die Sanktionen gegen Irak zu beschreiben. Die Sanktionen, denen eine halbe Million Kinder zum Opfer fielen, stellten alle Bemühungen Saddam Husseins noch in den Schatten. In der neuen Ära ist Apartheid als formelle Politik antiquiert und unnötig.

Internationale Instrumente von Handel und Finanz steuern ein komplexes System von Handelsgesetzen und Finanzabkommen, die die Armen ohnehin in ihren Bantustans festhalten. Ihr ganzer Zweck besteht darin, Ungleichheit zu institutionalisieren. Warum sonst würden die USA das Produkt eines Textilherstellers in Bangladesch zwanzigmal höher besteuern als eins made in Großbritannien? Warum sonst produzieren Länder mit 90 Prozent des Weltkakaoanbaus nur fünf Prozent der Schokolade in der Welt? Warum sonst werden Kakao anbauende Länder wie die Elfenbeinküste und Ghana mit Besteuerung vom Markt gedrängt, wenn sie versuchen, ihren Rohkakao in Schokolade zu veredeln? Warum sonst fordern reiche Länder, die täglich über eine Milliarde Dollar für Agrarzuschüsse ausgeben, dass arme Länder wie Indien alle Agrarsubventionen, einschließlich der für Elektrizität, abbauen? Warum sonst stecken ehemalige Kolonien, die über mehr als ein Jahrhundert lang von den Kolonialregimes ausgeplündert wurden, in der Schuldenfalle genau dieser Regimes und zahlen ihnen 382 Milliarden Dollar pro Jahr zurück?

Aus all diesen Gründen war die Entgleisung der Handelsabkommen in Cancun so entscheidend für uns. Auch wenn unsere Regierungen versuchen, sich damit zu rühmen, wissen wir doch, daß dies das Resultat des Kampfes von vielen Millionen Menschen in sehr vielen Ländern über Jahre hinweg war. Was uns Cancun lehrte ist, daß, um wirklichen Schaden anzurichten und radikalen Wandel zu erzwingen, es für lokale Widerstandorganisationen von vitaler Bedeutung ist, internationale Allianzen zu schmieden. Von Cancun lernten wir die Bedeutung globalisierten Widerstands.

Keine einzelne Nation kann sich dem Projekt der korporativen Globalisierung aus eigener Kraft widersetzen. Immer wieder haben wir erlebt, dass die Helden unserer Zeit schrumpfen, wenn es um das neoliberale Projekt geht. Außergewöhnliche, charismatische Männer, Giganten in Opposition, werden machtlos auf der globalen Bühne, wenn sie Staatsoberhäupter werden. Ich denke hier an Präsident Lula von Brasilien. Lula war der Held des Weltsozialforums letztes Jahr. In diesem Jahr verwirklicht er eifrig die IWF-Richtlinien, reduziert Renten und entschlackt seine Arbeiterpartei von Radikalen. Ich denke auch an Südafrikas Expräsidenten Nelson Mandela. Innerhalb von zwei Jahren nach seinem Machtantritt machte seine Regierung einen Kniefall vor dem Gott der Marktwirtschaft. Sie führte ein massives Programm von Privatisierung und strukturellen Anpassungen ein, das Millionen Menschen ohne Heim, arbeitslos, ohne Wasser und Elektrizität hinterläßt.

Warum passiert das? Es macht wenig Sinn, sich an die Brust zu klopfen und betrogen zu fühlen. Lula und Mandela sind in jeder Beziehung großartige Menschen. Aber im Moment, da sie von der Opposition ins Regierungslager wechselten, wurden sie zu Geiseln eines ganzen Spektrums von Bedrohungen, die übelste davon die Drohung mit Kapitalflucht, die jede Regierung über Nacht zu Fall bringen kann. Anzunehmen, daß das persönliche Charisma und ein kampferfüllter Lebenslauf das korporative Kartell anknackst, bedeutet nicht zu verstehen, wie der Kapitalismus funktioniert oder wie Macht ausgeübt wird. Radikaler Wandel wird nicht durch Regierungen ausgehandelt, er kann nur durch Menschen erzwungen werden.

Wir müssen unsere Strategie des Widerstands diskutieren

In dieser Woche werden auf dem Weltsozialforum einige der besten Köpfe der Welt Ideen darüber austauschen, was um uns herum geschieht. Diese Konversationen schärfen unsere Vision über die Art von Welt, für die wir kämpfen. Das ist ein vitaler Prozess, der nicht untergraben werden darf.

Dennoch besteht das Risiko, wenn auf Kosten wirklicher Aktion alle unsere Energien auf diesen Prozess gerichtet werden, dass das WSF, das eine entscheidende Rolle in der Bewegung für globale Gerechtigkeit gespielt hat, zu einem Guthaben unserer Feinde wird. Wir müssen dringend unsere Strategien des Widerstands diskutieren. Wir müssen reale Ziele ins Visier nehmen und wirklichen Schaden anrichten. Gandhis Salzmarsch war nicht lediglich politisches Theater. Als in einem simplen Akt von Ungehorsam Tausende Inder zum Meer marschierten und dort ihr Salz gewannen, brachen sie das Gesetz der Salzsteuer. Das war ein direkter Schlag gegen den ökonomischen Unterbau des britischen Empires. Er war real. Während unsere Bewegung einige wichtige Siege errungen hat, dürfen wir gewaltlosen Widerstand nicht zu ineffektivem, wohlgefälligem politischen Theater verkümmern lassen. Er ist eine sehr kostbare Waffe, die ständig geschärft und justiert werden muss. Es darf nicht erlaubt werden, dass sie lediglich zum Spektakel, zu einer Fotomöglichkeit für die Medien wird.

Es war herrlich, als am 15. Februar vorigen Jahres zehn Millionen Menschen auf einer eindrucksvollen Demonstration öffentlicher Moral, zehn Millionen Menschen auf fünf Kontinenten gegen den Krieg in Irak marschierten. Es war wunderbar, aber es war nicht genug. Der 15. Februar war ein Wochenende. Niemand musste einen Arbeitstag verpassen. Feiertagsproteste stoppen keine Kriege. George Bush weiß das. Die Selbstsicherheit, mit dem er die überwältigende öffentliche Meinung mißachtete, sollte uns allen eine Lehre sein. Bush glaubt, Irak kann okkupiert und kolonisiert werden, wie es mit Afghanistan geschieht, mit Tibet geschieht, mit Tschetschenien geschieht, wie es in Osttimor der Fall war und in Palästina noch der Fall ist. Er glaubt, dass alles, was er zu tun hat, ist, sich hinzuhocken und zu warten, bis die über Krisen berichtenden Medien, die dieses Thema bis auf die Knochen ausgeschlachtet haben, es fallenlassen und weiterziehen. Bald wird der Kadaver von den Bestseller-Charts rutschen, und wir, alle Empörten werden das Interesse daran verlieren. So jedenfalls hofft er.

Diese unsere Bewegung braucht einen großen, globalen Erfolg. Es ist nicht gut genug, Recht zu haben. Manchmal ist es wichtig, etwas zu gewinnen, wenn auch nur, um unsere Entschlossenheit zu testen. Um etwas zu gewinnen, müssen wir – alle, die sich hier und dort drüben bei Mumbai Resistance versammelt haben – in etwas übereinstimmen: dass es nicht eine überlappende, vorherbestimmte Ideologie braucht, in die wir unsere geschätzten, aufrührerischen argumentativen Selbsts hineinzwängen. Es bedarf keines bedingungslosen Untertanengehorsams gegenüber der einen oder anderen Form von Widerstand, um alles andere auszuschließen. Es könnte eine Minimalagenda sein.

Laßt uns den Blick auf Irak werfen

Wenn alle von uns wirklich gegen Imperialismus und gegen das Projekt des Neoliberalismus sind, dann laßt uns den Blick auf Irak werfen. Irak ist die unvermeidliche Kulmination von beidem. Zahlreiche Kriegsgegner haben sich seit der Gefangennahme Saddam Husseins zurückgezogen. Ist die Welt nicht besser ohne Saddam Hussein? fragen sie ängstlich.

Schauen wir der Sache ein für allemal ins Auge. Der Gefangennahme Saddam Husseins durch die US-Army zu applaudieren und deshalb im nachhinein ihre Invasion und Okkupation Iraks zu rechtfertigen, ist wie Jack the Ripper (den Schlächter) anzubeten, weil er den Boston-Würger ausgeweidet hat. Und das nach einem Vierteljahrhundert Partnerschaft, in der Schlächter und Würger ein gemeinsames Unternehmen betrieben. Es war ein innerbetrieblicher Streit. Sie waren Geschäftspartner, die sich wegen eines schmutzigen Deals entzweiten. Jack war der CEO, der Chief Exekutive Officer.

Wenn wir also gegen den Imperialismus sind, sollten wir dann darin übereinstimmen, dass wir gegen die US-Okkupation sind und dass wir glauben, dass die USA sich aus Irak zurückziehen und dem irakischen Volk Reparationen für die Kriegsschäden zahlen müssen? Wie beginnen wir mit unserem Widerstand? Beginnen wir mit etwas wirklich Kleinem. Die Frage ist nicht, den Widerstand in Irak gegen die Besatzung zu unterstützen oder zu debattieren, wer genau zum Widerstand in Irak gehört (Sind sie alte Baath-Killer? Sind sie islamische Fundamentalisten?) Wir müssen der globale Widerstand gegen die Besatzung werden.

Unser Widerstand muss mit der Zurückweisung der Legitimität der US-Okkupation Iraks beginnen. Das bedeutet Handeln, um es dem Imperium unmöglich zu machen, seine Ziele zu erreichen. Es bedeutet, Soldaten sollten sich weigern zu kämpfen, Reservisten sich weigern, eingezogen zu werden. Arbeiter sollten es ablehnen, Schiffe und Flugzeuge mit Waffen zu beladen. Es bedeutet auch, dass wir in Ländern wie Indien und Pakistan die Pläne der US-Regierung zum Scheitern bringen müssen, indische und pakistanische Soldaten zum Säubern nach Irak zu schicken.

Ich schlage vor, dass wir auf einer gemeinsamen Abschlußzeremonie von Weltsozialforum und Mumbai Resistance zwei wichtige Unternehmen auswählen, die von der Zerstörung Iraks profitieren. Wir könnten jedes Projekt, in das sie involviert sind, erfassen. Wir könnten ihre Büros in jeder Stadt und in jedem Land der Welt lokalisieren. Wir könnten sie jagen, zur Schließung zwingen. Es ist eine Frage, unsere kollektive Weisheit und Erfahrung aus vergangenen Kämpfen für ein einzelnes Ziel einzubringen. Es ist eine Frage des Wunsches zu siegen.

Das »Projekt für das neue amerikanische Jahrhundert« strebt danach, Ungleichheit fortzusetzen und amerikanische Hegemonie um jeden Preis, selbst wenn er apokalyptisch ist, zu errichten. Das Weltsozialforum verlangt Gerechtigkeit und Überleben. Aus diesen Gründen müssen wir uns als im Krieg befindlich betrachten.

(* Unser Südasien-Mitarbeiter Hilmar König übersetzte die Rede, wie sie am 18. Januar in der Zeitung THE HINDU veröffentlicht wurde. junge Welt)

Die Roy-Debatte

Junge Welt, 20. Januar 2004

Die Gretchenfrage

Arundhati Roys Bekenntnis zum Widerstand

Kommentar von Werner Pirker

Die indische Schriftstellerin Arundhati Roy hat mit ihrer Rede auf dem Weltsozialforum in Mumbai das westliche Establishment der Globalisierungskritiker herausgefordert. Sie hat das leere Gerede von der anderen Welt, die möglich sei, mit der Realität der imperialistischen Gewaltpolitik konfrontiert und die Globalisierung des antiimperialistischen Widerstandes gefordert. Als zentralen Bezugspunkt dieses Widerstandes nannte sie, so Agenturen, den Irak: "Wenn wir wirklich gegen Neoliberalismus und Imperialismus sind, müssen wir den Widerstand im Irak nicht nur unterstützen, sondern selbst zum Widerstand im Irak werden".

Das hat unter den Honoratioren der Bewegung äußerstes Befremden ausgelöst. Die Distanzierung erfolgte umgehend. Philipp Hersel, ein ATTAC-Vertreter, sah in den Äußerungen Roys die Gefahr "einer Solidarisierung mit Leuten, die nicht zur Bewegung gehören". Wer zur Bewegung gehört und wer nicht, bestimmen deren Sprecher. Nicht zur Bewegung gehört, wer seinem Protest gegen die neoliberale Globalisierung durch die Unterstützung antiimperialistischer Befreiungskämpfe konkret Ausdruck verleiht. Da ATTAC dem Prinzip der Gewaltfreiheit verbunden sei, schloß Hersel "eine grundsätzliche Unterstützung für den Widerstand" gegen die Besatzung im Irak aus.

Da haben wir sie wieder: die neokoloniale Attitüde "zivilisierter" Westlinker. Welche Formen des Widerstandes ein seiner nationalen und sozialen Grundrechte beraubtes Volk zu wählen habe, bestimmen die abendländischen Moralapostel. Dabei hatte sich Roy nicht einmal dezidiert für die bewaffnete Gegenwehr ausgesprochen, sondern für den Widerstand im allgemeinen. Umso bezeichnender sind die Reaktionen ihrer Kritiker. Nicht einmal der sich in Wechselwirkung mit dem bewaffneten Aufstand entwickelnde zivile Protest wird als legitim anerkannt. Als legitim erscheinen einzig jene zivilen Aktivitäten, die unter dem Begriff "Zivilgesellschaft" auf eine Normalisierung der fremdbestimmten Situation im Irak hinauslaufen. Eine solche Linke ist nicht Teil des Widerstandes im Irak, sondern, ob bewußt oder unbewußt, ein Teil der Besatzung.

Die Haltung zum Widerstand im Irak ist zum Prüfstein für den realen Veränderungswillen der globalisierungskritischen Bewegung geworden. Wer verändern will, muß auch siegen wollen. Roy sieht in einer Globalisierung des irakischen Widerstandes eine historische Chance für die auf Veränderung orientierten Kräfte, wieder einmal zu siegen. Doch genau das ist es, was eine ruhiggestellte und korrumpierte Linke nicht will – und wenn, dann nur innerhalb des Systems.

die tageszeitung 21. Januar 2004

BAHMAN NIRUMAND

Die Besatzer müssen raus

Arundhati Roys Aufforderung auf dem Weltsozialforum in Bombay, den Widerstand im Irak zu unterstützen, hat zwei Seiten, von denen eine richtig, die andere zumindest problematisch ist. Die Aufforderung zum Widerstand ist richtig, weil berücksichtigt werden muss, dass der Irak ein besetztes Land ist. Der Widerstand gegen eine Besatzungsmacht ist, von höchst seltenen Ausnahmen abgesehen, immer, jedenfalls im Falle Iraks, völlig legitim. Zudem handelt es sich bei den Besatzern, wie die bisherige Erfahrung gezeigt hat, um eine Macht, die sich in der gesamten Region niemals auf die Seite von Freiheit und Demokratie gestellt hat.

Im Gegenteil: Die USA haben seit dem Zweiten Weltkrieg bis in unsere Tage hinein versucht, demokratische Bewegungen im Keime zu ersticken und korrupte und autoritäre Regime an der Macht zu halten. Erinnern wir uns an den im Iran 1953 gestürzten demokratischen Ministerpräsidenten Mohammad Mossadeq, erinnern wir uns daran, dass die widerlichsten Despoten wie die in Saudi-Arabien oder Kuwait die engsten Verbündeten der USA waren und sind. Wir wissen auch, dass es die USA waren, die den Taliban zur Macht verholfen und die grauenhafte Diktatur Saddam Husseins ermöglicht haben. Saddam wurde durch die USA bis an die Zähne bewaffnet, in den Krieg gegen das Nachbarland Iran getrieben und so lange unterstützt, bis er gegen die amerikanischen Interessen verstieß. Erst dann sollte er abtreten.

Die USA haben bewusst die Weltöffentlichkeit falsch informiert und unter dem Vorwand, Irak besitze Massenvernichtungswaffen, das Land besetzt und in ein Chaos gestürzt. Die amerikanisch-britische Invasion, verbunden mit ungeheuren Demütigungen und Erniedrigungen, hat in der gesamten Region tief sitzende Narben aufgerissen, die so bald nicht heilen werden. Kein Wunder, dass die Anschläge, soweit sie sich gegen die USA und Großbritannien richten, Schadenfreude erzeugen. Der Scherbenhaufen, den die Besatzer angerichtet haben, ist ein Hohn auf die Zivilisation, die sie angeblich dem irakischen Volk bescheren wollen. Der Widerstand gegen diese Besatzer ist mehr als legitim. So weit bin ich mit Arundhati Roy einig.

Problematisch wird aber die Antwort auf die Frage, welchen Widerstand man unterstützen sollte und mit welchem Ziel. Die Geschichte bietet ausreichend Beispiele dafür, dass die Gewalt und Widerstandsformen wie Selbstmordattentate nicht zur Freiheit und Demokratie führen. Zudem muss gefragt werden, wer hinter den Anschlägen steckt. Sollte es sich dabei tatsächlich um Anhänger von Saddam Hussein oder um Angehörige von al-Qaida handeln, dann ließe sich ihre Unterstützung durch kein einziges Argument legitimieren.

Wie sieht es aber mit dem zivilen Widerstand aus, gibt es unter der politisch, ethnisch, religiös heterogenen irakischen Bevölkerung gesellschaftliche Kräfte, die für Demokraten als

Bündnispartner in Frage kämen? Wohl kaum. Woher sollten diese Kräfte auch kommen? Die jahrzehntelange Diktatur schloss jedes Bestreben nach Freiheit und Demokratie aus. Und Demokratie kann nicht über Nacht entstehen, sie lässt sich auch nicht von oben verordnen, schon gar nicht durch eine Besatzungsmacht. Die zwangsweise Vorwegnahme eines gesellschaftlich-politischen Prozesses, der eigentlich im Kampf gegen die Diktatur zur Bildung von demokratischen Kräften hätte führen sollen, wird für das irakische Volk weit reichende Folgen haben. Und diese Folgen werden umso schwerer, je länger die Besatzung dauert. Daher müssen die Okkupanten so rasch wie möglich das Land verlassen.

Das ist eine Forderung, die vom überwiegenden Teil der irakischen Bevölkerung gestellt wird und die die gemeinsame Grundlage aller irakischen Widerstandsgruppen bildet. Mit dieser Forderung können sich auch Demokraten außerhalb Iraks identifizieren. So gesehen, wäre nach meiner Auffassung Roys Aufforderung "Wir müssen zum Widerstand werden" völlig korrekt, umso mehr, weil alles, was dem Irak widerfahren ist, sich demnächst in Syrien und Iran wiederholen könnte.

Die Weltbevölkerung sollte endlich den Strategen im Weißen Haus klar machen, dass eine militärische Übermacht kein Land dazu berechtigt, andere Länder zu überfallen und ihnen zu diktieren, welches politische System sie zu akzeptieren haben. Schließlich gibt es so etwas wie ein Völkerrecht - auch wenn die USA es oft genug missachtet haben.

Der Autor ist ursprünglich Iraner und hat mit einem Buch über die Terror-Herrschaft des Schah von Persien wesentlich zur Mobilisierung der Demonstrationen am 2. Juni 1967 in Berlin und zum Vietnam-Kongress 1968 beigetragen

die tageszeitung 21. Januar 2004

CHRISTIAN SEMLER Es fehlt der Adressat

Parolen konzentrieren die politische Linie. Das sollten sie wenigstens. "Solidarität mit dem kämpfenden vietnamesischen Volk" bedeutete in der Bundesrepublik der späten 60er-Jahre dreierlei: die Unterstützung der Nationalen Befreiungsfront Südvietnams (FNL) und der von Ho Chi Minh geführten Demokratischen Republik Vietnam (Nordvietnam) gegen die US-Aggression; die Unterstützung des Volkskriegs, der die nationale Befreiung mit Schritten der sozialen Emanzipation vereinen sollte - und schließlich, wie in Vietnam, so andernorts, die Unterstützung des weltweiten antiimperialistischen und antikolonialen Kampfes.

Können diejenigen unter uns, die sich gegen die US-Intervention im Irak gewandt haben, heute mit derselben Berechtigung und mit derselben Klarheit die Parole "Solidarität mit dem kämpfenden irakischen Volk" aufstellen, mit der auch Arundhati Roy bei ihrer Rede in Bombay sympathisierte? Offensichtlich nicht. Es fehlt auf der irakischen Seite an Adressaten. Oder sollten etwa die Islamisten, die übrig gebliebenen Elemente der Baath-Partei oder Kurden, die einen demokratisch geeinten Irak gar nicht wollen, die Ansprechpartner sein?

Es fehlt an demokratischen und sozial emanzipatorischen Zielen, mit denen sich die hiesigen Linken identifizieren

könnten. Und es fehlt an Kampfformen, die mit diesen Zielen in Einklang stünden. Denn der im Irak praktizierte Terrorismus ist mit demokratischen und linken Positionen unvereinbar. Was uns bleibt, ist ein gänzlich entleerter Begriff des Antiimperialismus ohne handelnde Subjekte und ohne Programm. Und bei den "Antiimperialisten" die klammheimliche Freude angesichts geglückter Anschläge auf die Besatzer. Dabei sollten wir doch wissen, dass terroristische Gewalt stets stumm ist, stets nur Angst und Schrecken unter denen verbreitet, die man angeblich vom Besatzungsjoch befreien will. Im Grunde geht es bei dieser Art von Antiimperialismus um die jede Analyse vernichtende Gleichung: der Feind meines Feindes ist mein Freund.

Dabei liegen die richtigen Forderungen und Schritte auf dem Tisch. Es gilt, dafür einzutreten, dass die amerikanische Besatzungsherrschaft beendet wird, dass die UNO die Kontrolle über den Demokratisierungsprozess im Irak übernimmt, dass baldigst Wahlen abgehalten werden und dass eine demokratisch legitimierte Regierung im Irak umfassende, auch gesellschaftlich mobilisierende Aufbauhilfe erhält. Jeder andere Weg führt in den Sumpf.

Der Autor war ab 1965 innerhalb des SDS (Sozialistischer Deutscher Studentenbund) Aktivist der Vietnam-Solidaritätsbewegung und ist seit 1989 Redakteur der taz.

Jürgen Grässlin, DFG-VK-Bundessprecher OFFENER BRIEF 22.1.2004

zur Rede von Arundhati Roy auf dem Weltsozialforum

Liebe Freundinnen und Freunde, sehr geehrte Damen und Herren,

Wie Abertausende von Globalisierungskritikern bewundere ich das Engagement, die Kompetenz in Fragen der Globalisierungskritik und das Rückgrat von Arundhati Roy. Ihre Standhaftigkeit gegen die US-dominierte Kriegspolitik, global um sich greifenden Neoliberalismus und Raubkapitalismus ist beispielhaft. Millionen Menschen in aller Welt dient sie in ihren Reden und ihrem Handeln als leuchtendes Vorbild. Gerade deshalb will ich im Folgenden erklären, weshalb ich in meiner Presseerklärung vom 19.1.2004 zwei Aussagen in Arundhati Roys Rede auf dem Weltsozialforum, WSF, vehement kritisiert habe, diese weiterhin kritisiere, eine dritte kritikwürdige hinzufüge und dennoch Roys Rede im Gesamten für bedeutend halte. Mit diesem Offenen Brief geht es mir auch darum, zur Klärung verfälschter Sachverhalte beizutragen und meine ernsthafte Sorge über das Begrüßen oder Unterstützen militärischer Widerstandsformen seitens Friedensbewegter, Militarierungs- und Globalisierungskritiker zum Ausdruck zu bringen.

1. Arundhati Roys Rede, die dpa-Meldung, die Berichterstattung in den bürgerlichen Medien sowie der taz

In ihrer Ausgabe vom 19. Januar 2003 berichtete die tageszeitung, taz in ihrem Aufmacher „Irak-Widerstand spaltet Kritiker“ auf Seite 1 sowie im ganzseitigen Beitrag über die „Kriegserklärung der Kämpferin. Auf dem Sozialforum in Bombay fordert die Autorin Arundhati Roy den Krieg der Globalisierungskritiker gegen das Establishment“. Dabei kritisierte der vor Ort anwesende taz-Journalist Rainer Horig vor allem die wie folgt wiedergegebenen beiden Aussagen von

A. Roy: „Wenn wir wirklich gegen Imperialismus und Neoliberalismus sind, dann müssen wir nicht nur den Widerstand im Irak unterstützen, wir müssen selbst zum Widerstand werden“ sowie „Wir fordern Gerechtigkeit für alle. Deshalb müssen wir uns als im Krieg befindlich begreifen!“ Für die Deutsche Presseagentur, dpa, gab deren Korrespondent Can Merrey, wie Rainer Hörig beim WSF anwesend, noch am gleichen Tag Roys Aussage wie folgt wieder: „Angesichts des Strebens der US-Regierung um weltweite Vorherrschaft müsse das Weltsozialforum erwägen, sich im Krieg zu befinden.“ Außerdem zitierte er Arundhati Roy mit der Aussage „Wenn wir gegen Imperialismus und Neoliberalismus sind, dann müssen wir den Widerstand im Irak nicht nur unterstützen, dann müssen wir zum Widerstand im Irak werden.“ Die dpa-Meldung wurde bundesweit in den Medien veröffentlicht und zuweilen in Leitkommentaren vehement kritisiert. Auf der Basis dieser von seriösen Journalisten wiedergegebenen Aussagen habe ich am gleichen Tag meine Arundhati Roy kritisierende und von ihren Aussagen distanzierende Presseerklärung verfasst.

2. Reaktionen auf die Kritik an der Roy-Rede

Am 20. Januar, publizierte die junge welt die Übersetzung der in The Hindu in Englisch veröffentlichten Rede von Arundhati Roy. Der jw-Redakteur Werner Pirker polemisierte in der gleichen Ausgabe, in der auch meine Presseerklärung abgedruckt war, u.a. auch bezogen auf die Roy-Kritik seitens Philipp Hersel von ATTAC:

„Als legitim erscheinen einzig jene zivilen Aktivitäten, die unter dem Begriff ‚Zivilgesellschaft‘ auf eine Normalisierung der fremdbestimmten Situation im Irak hinauslaufen. Eine solche Linke ist nicht Teil des Widerstandes im Irak, sondern, ob bewußt oder unbewußt, ein Teil der Besatzung.“

Mehrere Organisationen der Friedensbewegung übernahmen die Übersetzung der Roy-Rede in der „jungen welt“ und stellten sie auf ihre Homepage, zuweilen kommentiert mit dem Hinweis auf ihr Unverständnis an der Kritik an A. Roy. Unterlassen wurde offenbar der Abgleich des in The Hindu bzw. der „jungen welt“ veröffentlichten Textes mit den Roy-Aussagen der Originalrede, wie sie in der taz und der dpa tags zuvor zitiert worden waren.

Viele von Euch bzw. Ihnen haben sich auf meine o.g. Presserklärung mit ernst zu nehmenden Argumenten, Ratschlägen, Lob, zumeist aber Kritik zu Wort zurückgemeldet, einige äußerten sich in Form übler Beschimpfungen oder heftiger Diffamierungen. Kritisiert wurde vor allem meine Distanzierung von A. Roy sowie die übereilte Reaktion, die es eingestandenermaßen war, da mir die Roy-Rede zu diesem Zeitpunkt noch nicht vorlag.

3. Die Roy-Rede und der Roy-Redetext unterscheiden sich am entscheidenden Punkt

Hauptkritikpunkt der taz und von dpa stellten die beiden oben genannten Aussagen von Arundhati Roy dar, die zu der weithin verbreiteten Bewertung führten, die indische Schriftstellerin habe ausschließlich gewaltsamen Widerstand im Irak gutgeheißen. Eine der beiden zentralen Aussagen, die A. Roy bei der Eröffnungsveranstaltung vor rund 50.000 Teilnehmern gesprochen hat, „dann müssen wir nicht nur den Widerstand im Irak unterstützen, wir müssen selbst zum Widerstand werden“ F E H L T in der Hindu-Veröffentlichung und damit logischerweise auch in der junge-welt-Übersetzung.

Diese Weglassung dieser Schlüsselstelle verfälscht den Inhalt der von Arundhati Roy gehaltenen Rede. Denn im Irak wurde

eine demokratische Meinungsbildung und -vielfalt jahrzehntelang von den Schergen des Hussein Regimes bestialisch unterdrückt, so dass es kaum eine Tradition des gewaltfreien Widerstands gibt. Widerstand heißt hier in erster Linie militärischer Widerstand. So hatten viele Zuhörerinnen und Zuhörer beim Weltsozialforum unter dem Eindruck der beiden problematischen Aussagen den Eindruck gewonnen, Arundhati Roy toleriere oder fordere neben zivilem auch militärischen Widerstand. Nicht nur Teilnehmer des WSF haben sich daraufhin die Frage nach der Spaltung der Globalisierungskritiker in Befürworter zivilen und militärischen Widerstands gestellt. In Deutschland und darüber hinaus haben sich viele Leserinnen und Leser, die bis heute nur die Druckfassung des Roy-Textes kennen, durchaus nachvollziehbar über die vehemente Kritik gewundert bzw. geärgert. Diese Kritik, vertreten von ATTAC direkt nach der Roy-Rede und u.a. von mir in der DFG-VK-Presseerklärung, bezog sich jedoch auf das gesprochene Wort. Dieses gilt üblicherweise, wird jedoch bei ungenauer Recherche in Medienberichten unzutreffend wiedergegeben.

4. Die Rolle der Medien

Einige von Euch haben mir gegenüber die Meinung vertreten, die bürgerliche Presse, darunter auch die dpa und die taz, seien der Friedens- und Globalisierungsbewegung gegenüber bösartig gesonnen und hätten deshalb völlig überzogen. Das glaube ich aus zweierlei Gründen nicht.

Zum einen hat meine Nachfrage bei der taz ergeben, dass der taz-Journalist Rainer Hörig die Roy-Rede auf Tonband aufgenommen, abgeschrieben und danach in seinem taz-Beitrag publiziert hat. Zudem deckt sich die Aussage weitgehend mit der des dpa-Korrespondenten Merrey.

Zum anderen bin ich nicht der Meinung, dass die beiden genannten Medienorgane während des Irak-Kriegs einseitig negativ über unsere Positionen und Aktionen als Friedens- bzw. Globalisierungsbewegung berichtet haben.

Arundhati Roy hat sich in ihrer Rede zu Recht kritisch mit der Rolle der Medienkonzerne auseinander gesetzt: „Sie sind das neoliberale Projekt“, lautet ihr Vorwurf. Zweifelsohne ist die Kritik an einer Vielzahl vor allem US-dominierten Medien berechtigt, die taz und die dpa würde ich nicht als „neoliberale Projekte“ bezeichnen.

5. Arundhatis Roys Aussage „Wir könnten sie jagen.“

A. Roy hat in ihrer Rede viele wichtige und richtige Impulse gegeben. Ich frage mich, warum sie zugleich Aussagen trifft, die in letzter Konsequenz sehr wohl als Aufruf zur Gewalt ausgelegt werden können, ja müssen. Als drittes Beispiel will ich ihre Forderung bezüglich des Jagens hinterfragen, die sich auch im Schrifttext der jungen welt findet: „Ich schlage vor, daß wir auf einer gemeinsamen Abschluszeremonie von Weltsozialforum und Mumbai Resistance zwei wichtige Unternehmen auswählen, die von der Zerstörung Iraks profitieren. Wir könnten jedes Projekt, in das sie involviert sind, erfassen. Wir könnten ihre Büros in jeder Stadt und in jedem Land der Welt lokalisieren. Wir könnten sie jagen, zur Schließung zwingen.“

Als einer der Mitbegründer und Sprecher des Dachverbands der Kritischen AktionärInnen DaimlerChrysler, dem größten deutschen Rüstungsproduzenten und -exporteur, setze ich mich aktiv gegen Waffentransfers und für die Umstellung auf die Zivilproduktion ein. Seit Jahren prangern wir auf den Hauptversammlungen, teilweise durchaus erfolgreich, die völlig verfehlt Rüstungs-, Entlassungs-, Sozial- und Ökologiepolitik

der Konzernführung an. Um auf die Machenschaften des Daimler-Vorstands aufmerksam zu machen, führen wir öffentlichkeitswirksame Gegenaktionen durch. Nun lassen sich aber, wie von A. Roy gefordert, Unternehmen und Büros schlecht „jagen“. Können wir definitiv ausschließen, dass Arundhati mit ihren Forderungen Menschen gemeint hat, beispielsweise Beschäftigte oder Geschäftsführer von US-Unternehmen wie dem Kriegsprofiteur Bechtel? In der Globalisierungsbewegung mögen unterschiedliche Vorstellungen über die Frage des militärischen bzw. nichtmilitärischen Widerstands und der entsprechenden Aktionsformen vorherrschen, in der Friedensbewegung hätte ich mir eine eindeutige Positionierung zugunsten des gewaltfreien Widerstands erhofft.

Erstaunlicherweise wird Arundhati Roys besagte „Rede“ von Friedensbewegten bislang eher unkritisch reflektiert und begrüßt.

6. Gedanken zur Sprache Arundhatis Roys und zur unseren Methoden

Die Bewegung der Globalisierungskritikerinnen und -kritiker ist pluralistisch. Hier treffen sich Menschen mit unterschiedlichen Erfahrungen, Ansichten und Zielvorstellungen. Verbunden fühlen wir uns durch die Forderung nach einer sozialeren, gerechteren, ökologischeren und friedlicheren Welt. Eine andere Welt ist möglich, wie aber soll sie aussehen, und mit welchen Methoden soll sie erreicht werden?

Arundhati Roys folgende Aussage kann ich uneingeschränkt unterstützen: „Wenn wir also gegen den Imperialismus sind, sollten wir dann darin übereinstimmen, daß wir gegen die US-Okkupation sind und daß wir glauben, daß die USA sich aus Irak zurückziehen und dem irakischen Volk Reparationen für die Kriegsschäden zahlen müssen.“ Weiterhin fordert sie zu Recht „Unser Widerstand muß mit der Zurückweisung der Legitimität der US-Okkupation Iraks beginnen. Das bedeutet Handeln, um es dem Imperium unmöglich zu machen, seine Ziele zu erreichen. Es bedeutet, Soldaten sollten sich weigern zu kämpfen, Reservisten sich weigern, eingezogen zu werden. Arbeiter sollten es ablehnen, Schiffe und Flugzeuge mit Waffen zu beladen.“

Ganz genau. Warum aber fordert sie dann in der gleichen Rede, wir müssten „nicht nur den Widerstand im Irak unterstützen, wir müssen selbst zum Widerstand werden“? Widerstand im Irak ist zumeist mit militärischem Widerstand gleichzusetzen. Dass es Aufgabe der Globalisierungsbewegung ist, IM IRAK Widerstand zu leisten, bezweifle ich vehement.

Im Schrifttext heißt es stattdessen auch nachvollziehbarerweise, „Wir müssen der globale Widerstand gegen die Besatzung werden.“

Und was bedeutet die Roy-Aussage, wir müssten „uns als im Krieg befindlich“ begreifen, in der Praxis? Allein die Sprache erinnert mich an die der Gegenseite, so ein Satz könnte auch aus dem Mund eines US-Generals stammen. Ich möchte mich jedenfalls nicht als im Krieg befindlich begreifen, dagegen habe ich mich immer verweigert. In der Grundsatzklärung der War Resisters International, deren größte deutsche Sektion die DFG-VK ist, heißt es: „Der Krieg ist ein Verbrechen an der Menschheit. Ich bin daher entschlossen, keine Art von Krieg zu unterstützen und an der Beseitigung aller Kriegsursachen mitzuarbeiten.“

Diese Grundsatzklärung habe ich unterschrieben und versuche meinen Teil dazu beitragen, dass sie zur Umsetzung gelangt.

Wollen wir erfolgreich sein, müssen wir zivile Methoden anwenden. Die Arbeiter der Rüstungs- oder Bauindustrie

sollten wir mit Argumenten, die Geschäftsführer mit Druck und gegebenenfalls mit gewaltfreien Aktionen bis hin zu Generalstreiks zur Umkehr bewegen. „Jagen“ möchte ich keinen von ihnen. Die Gewerkschaftskollegen sollten wir für die Rüstungskonversion, die Umstellung von der militärischen auf die zivile Industrie gewinnen und uns mit ihnen im globalen Widerstand gegen Sozialabbau und Arbeitsplatzvernichtung verbünden.

7. Gandhis gewaltfreier Widerstand weist den Weg

Arundhati Roy hat nach und nicht in ihrer Ansprache klargestellt, sie habe ausschließlich gewaltfreie Formen des Widerstands gemeint. Dafür bin ich ihr in der Sache sehr dankbar, aber auch deshalb, weil sie all denen den Wind aus den Segeln nimmt, die sich, gerade auch in Deutschland, mittlerweile mehr oder minder offen für die Unterstützung des militärischen Widerstands im Irak aussprechen. Haben sich doch einige Kriegsgegner und antiimperialistische Gruppen hierzulande in den letzten Wochen immer deutlicher aus der Deckung gewagt und unumwunden den militärischen Widerstand im Irak befürwortet, siehe hierzu u.a. Unterstützerliste der 10-Euro-Widerstandskampagne unter www.antiimperialista.com. Unsere Diskussion um die Formen legalen, legitimen oder erfolgreichen Widerstands darf nicht von den zentralen Problemen ablenken. Als Globalisierungs- und Friedensbewegung müssen wir aktiv dazu beitragen, dass der politische Druck auf die Besatzungsmächte derart erhöht wird, dass ihr Rückzug unvermeidlich wird. Einhergehen muss dieser mit dem Prozess der Demokratisierung, der zu Selbstbestimmung und freien Wahlen führt. Wird dies versäumt, so droht im Irak die Gefahr eines Bürgerkrieges zwischen Schiiten und Sunniten und womöglich auch den Kurden im Norden des Landes. Gelingen kann der angestrebte Demokratisierungsprozess nur dann, wenn das Ende der Okkupation und das Verschwinden militärischer Macht der vormaligen Besatzermächte mit einer Stärkung internationaler Vermittlerorganisationen unter dem Dach der Vereinten Nationen einher geht. Die Akzeptanz der UN-Vermittler wird sich vor allem dann einstellen, wenn zugleich die Armut breiter Bevölkerungsschichten im Irak beendet wird und Zustände geschaffen werden, die allen Irakerinnen und Irakern in absehbarer Zeit ein menschenwürdiges Leben ermöglichen. Dass diese Aufgabe einzig und allein von den Vereinten Nationen geleistet werden kann, darf getrost bezweifelt werden. So stellt sich zudem die Frage nach Verstärktem humanitärem Engagement der Hilfsorganisationen aus aller Welt.

Arundhati Roy hat in ihrer Rede auf Gandhis Salzmarsch verwiesen. Ihre diesbezüglichen Worte sind so überzeugend, dass ich mit ihnen enden will. Denn Gewaltfreiheit ist kein Mittel feiger Drückeberger, sondern die legitime und Erfolg versprechende Form des Widerstands, die in ihrer Vielfalt rund um den Globus Menschen überzeugen und Gewaltregime aus dem Amt befördern kann: „Gandhis Salzmarsch war nicht lediglich politisches Theater. Als in einem simplen Akt von Ungehorsam Tausende Inder zum Meer marschierten und dort ihr Salz gewannen, brachen sie das Gesetz der Salzsteuer. Das war ein direkter Schlag gegen den ökonomischen Unterbau des britischen Empires. Er war real.

Während unsere Bewegung einige wichtige Siege errungen hat, dürfen wir gewaltlosen Widerstand nicht zu ineffektivem, wohlgefälligem politischen Theater verkümmern lassen“ weist uns Arundhati Roy den Weg, und auch dafür sei ihr gedankt.

<http://www.dfg-vk.de/home/>

Wolfgang Maul, Pleinfeld

Leserbrief an die junge Welt: Im Recht

(Aus einem Schreiben an Jürgen Grässlin)

(...) Gerade erleben wir im Irak, wie ein Volk sich erfolgreich gegen fremde Besatzungstruppen wehrt. Der Widerstand dort wächst von Tag zu Tag... Der Widerstand mit kriegerischen Mitteln, aber auch der Widerstand mit friedlichen Mitteln. Beide Bewegungen zusammen lehren die Bush-Krieger gerade das Grauen.

Deren Position ist unhaltbar geworden. Sie werden dieses von ihnen überfallene Land verlassen müssen. In ihrem eigenen Interesse sollten sie das möglichst bald tun. Tun sie es nicht freiwillig, werden die irakischen Menschen sie dazu zwingen. Das Recht haben sie allemal auf ihrer Seite. Denn bekanntlich verbietet das Völkerrecht Angriffskriege, erlaubt aber ausdrücklich (auch angemessene kriegerische) Verteidigungsmaßnahmen.

Aber nicht nur legal ist dieser Widerstand (was Sie, wenn ich Ihr Statement aufmerksam lese, auch nicht bestreiten). Der militärische Widerstand ist angesichts der Verbrechen der US-Soldateska und der Drohung weiterer Kriege auch legitim. Es steckt eine gewisse Unehrllichkeit hinter Ihren Ausführungen. Denn: Hätte dieser Widerstand nicht zu über 500 getöteten amerikanischen SöldnerInnen geführt, gälte der Irak als »befriedet« und wäre aus den Schlagzeilen der Medien und aus den Diskussionen innerhalb der NGOs schon lange verschwunden. Und weil es ein so leichter für die »eigene« Seite unblutiger »Sieg« gewesen wäre, wäre der nächste Krieg der Bush-Krieger nicht weit.

Ich hoffe, wenigstens darin sind wir uns noch einig: Daß die Bush-Krieger und ihre mächtigen wirtschaftlichen Hintermänner eine tödliche Gefahr für die ganze Welt darstellen und den Krieg überall hintragen werden, wo sie ihn für nützlich erachten. Nicht »Entweder-oder«, sondern »Sowohl-als-auch« ist die Lösung. Solidarität mit dem irakischen Widerstand, Solidarität mit dem kriegerischen und mit dem friedlichen Widerstand ist also angesagt.

Frau Roy denkt pragmatisch und will den Erfolg: »Die Frage ist nicht, den Widerstand in Irak gegen die Besatzung zu unterstützen oder zu debattieren, wer genau zum Widerstand in Irak gehört (...). Wir müssen der globale Widerstand gegen die Besatzung werden.« (A. Roy)

Ich wünsche der deutschen Friedensbewegung ein wenig von diesem Pragmatismus und den Willen zum Erfolg. Ich tröste mich bis dahin mit der Tatsache, daß die Dinge im Irak ihren Weg gehen werden auch ohne die maßgeblichen VertreterInnen der deutschen Friedensbewegung. (...)

ANDREAS ZUMACH

Eine Enteignung Iraks mit UNO-Segen?

Auf Drängen der USA will UNO-Generalsekretär Kofi Annan eine Erkundungsmission in den Irak schicken. Nach Erwartung der Bush-Administration soll diese Mission dem von ihrem Bagdader Statthalter Paul Bremer dekretierten Plan für die Installation einer "souveränen" Regierung in Bagdad bis zum 30. Juni den Segen der UNO erteilen und Bremers Behauptung bestätigen, allgemeine freie Wahlen in den nächsten fünf Monaten seien "technisch unmöglich".

Diese Behauptung ist ein Vorwand. Er soll dazu dienen, das zentrale Interesse der Bush-Administration zu verschleiern: die radikale Privatisierung der irakischen Wirtschaft und den Ausverkauf ihrer lukrativen Teile vornehmlich an US-Konzerne - trotz der offensichtlichen Illegalität und Völkerrechtswidrigkeit dieses Vorhabens.

Am 19. September letzten Jahres hatte Bremer mit seiner "Order 39" die Privatisierung irakischer Staatsunternehmen verfügt. Die "Order 39" erlaubt ausländischen Unternehmen, bis zu 100 Prozent der Anteile an irakischen Banken, Minen und Fabriken zu übernehmen sowie 100 Prozent der künftigen Profite außer Landes zu schaffen.

Doch Bremers "Order 39" ist nicht nur ein Verstoß gegen die weiter gültige irakische Verfassung, die die Privatisierung staatlicher Unternehmen untersagt und Ausländern den Besitz irakischer Unternehmen verbietet. Die Order steht auch in eindeutigen Widerspruch zum Haager Abkommen von 1907 und den Genfer Konventionen von 1949, den beiden internationalen Vereinbarungen, die die Rechte und Pflichten von Besatzungsmächten regeln. Diese völkerrechtlich verbindlichen Vereinbarungen verlangen von den Besatzern die "Respektierung" der im besetzten Land gültigen Verfassung und Gesetze "außer, wo dies absolut unmöglich ist".

Den Besatzungsmächten ist lediglich die "zeitweise Nutzung und Verwaltung" staatlicher Unternehmen, Immobilien und Liegenschaften gestattet, ohne sie "in der Substanz zu verändern". Die Irakresolution des UNO-Sicherheitsrats vom Mai 2003 verlangt von der angloamerikanischen Besatzungsmacht ausdrücklich, "ihren Verpflichtungen gemäß internationalem Recht vollständig nachzukommen, einschließlich und vor allem den Genfer Konventionen und dem Haager Abkommen".

Den Besatzungsmächten im Irak ist die Illegalität ihre Maßnahmen bewusst. Ende März 2003 wies der britische Generalbundesanwalt Lord Goldsmith Premier Tony Blair in einem geheimen Memo darauf hin. Die Bush-Administration muss damit rechnen, dass eine bis Mitte des Jahres frei gewählte irakische Regierung Bremers "Order 39" außer Kraft setzt und erfolgte Privatisierungen und Verkäufe rückgängig macht. Wegen dieser "Rechtsunsicherheit" haben einige US-amerikanische und andere ausländische Konzerne Pläne zum Aufkauf irakischer Unternehmen auf Eis gelegt.

Das von der Bush-Administration dekretierte Auswahlverfahren soll hingegen in Bagdad eine nominell "souveräne", de facto aber politisch weiter von den USA kontrollierte Regierung installieren. Diese hätte 18 Monate Zeit, die Verfügungen Bremers in irakisches Recht umzuschreiben. Diese Fakten könnten eine endgültige Regierung, die nach dem US-Zeitplan aus freien Wahlen "spätestens im Dezember 2005" hervorgehen soll, kaum noch ändern. "

Aufruf der am WSF versammelten Sozialen Bewegungen

Mumbai, Indien, Januar 2004

Wir, die hier in der Stadt Mumbai (Indien) versammelten sozialen Bewegungen, solidarisieren uns mit dem Kampf der indischen Bevölkerung und dem der Völker Asiens. Wir bekräftigen unsere Gegnerschaft zum neoliberalen System, welches wirtschaftliche, soziale und ökologische Krisen verursacht und zum Krieg führt. Unsere Proteste gegen den Krieg und gegen die tiefgreifenden sozialen und wirtschaftlichen Ungerechtigkeiten haben dazu beigetragen, den Neoliberalismus zu demaskieren.

Wir haben uns hier versammelt, um den Widerstand zu organisieren, und um für den Aufbau von Alternativen zum Kapitalismus zu kämpfen. Unser in Chiapas, Seattle und Genua begonnener Widerstand hat die Voraussetzungen geschaffen für die gigantische weltweite Mobilisierung am 15.02.2003 gegen den Irak-Krieg, die der Strategie der US-Regierung und ihrer Alliierten eines weltweiten und permanenten Krieges die Legitimation entzogen hat. Dieser Widerstand hat uns auch den Sieg gegen die WTO in Cancún ermöglicht.

Die Besetzung des Irak hat der ganzen Welt vor Augen geführt, dass eine Verbindung zwischen Militarismus und ökonomischer Herrschaft durch die transnationalen Konzerne besteht, und hat die Gründe, aus denen heraus wir uns gegen den Krieg eingesetzt haben, bestätigt.

Wir, die sozialen Bewegungen, bekräftigen unser Engagement gegen die neoliberale Globalisierung, den Imperialismus, den Krieg, den Rassismus, das Kastenwesen, den Kulturimperialismus, die Armut, das Patriarchat und alle Formen von Diskriminierung und Ausgrenzung, seien sie wirtschaftlicher, sozialer, politischer, ethnischer, geschlechtsspezifischer oder sexueller Art. Wir wenden uns gegen die Diskriminierung von behinderten und chronisch kranken Menschen, insbesondere HIV-Infizierten.

Wir kämpfen für soziale Gerechtigkeit; für das Recht auf die natürlichen Ressourcen (Erde, Wasser und Saatgut); für die Menschen- und Bürgerrechte; für die Beteiligungsdemokratie; für die durch internationale Abkommen verbürgten Rechte der Arbeiterinnen und Arbeiter; für die Rechte der Frauen; sowie für das Recht der Völker auf Selbstbestimmung. Wir stehen auf der Seite des Friedens und der internationalen Zusammenarbeit und setzen uns für tragfähige Gesellschaftsformen ein, die in der Lage sind, den Menschen grundlegende Rechte und Teilhabe an öffentlichen Gütern und Dienstleistungen zu garantieren. Gleichzeitig lehnen wir die gesellschaftliche und patriarchalische Gewalt gegenüber Frauen strikt ab.

Wir rufen für den 8. März, den internationalen Tag der Frauenrechte, zu Mobilisierungen auf.

Wir kämpfen gegen jede Form von Terrorismus, einschließlich des Staatsterrorismus, und wenden uns gleichzeitig gegen den Missbrauch des „Kriegs gegen den Terror“, um außerparlamentarische Bewegungen und soziale Aktivisten zu kriminalisieren. Die sogenannten Anti-Terrorgesetze stellen eine Einschränkung der Bürgerrechte und der demokratischen Freiheiten auf der ganzen Welt dar.

Wir unterstützen den Kampf der Bäuerinnen und Bauern, der Arbeiterinnen und Arbeiter, der städtischen Bürgerbewegungen und jeder Person, die vom Verlust seiner Wohnung, seines Arbeitsplatzes, seines Grund und Bodens oder seiner Rechte bedroht ist. Immer mehr Menschen kämpfen (z.B. in Europa bei den Auseinandersetzungen um Rente und Sozialversicherung) für den Stopp oder die Rückgängigmachung von Privatisierungen und für den Schutz von Gemeinschaftsgütern und deren öffentlichen Charakter. Der Sieg des massenhaften Einsatzes der Bevölkerung Boliviens für ihre natürlichen Ressourcen, für Demokratie und Souveränität, zeugt von der Kraft und den Potentialen unserer Bewegungen; gleichzeitig schreiten die Bauernproteste gegen die transnationalen Konzerne und die neoliberale Agrarpolitik voran, mit der Forderung nach Ernährungshoheit und einer demokratischen Agrarreform.

Wir rufen zum Bündnis mit den Bäuerinnen und Bauern im Rahmen der weltweiten Mobilisierung für den 17. April auf, dem internationalen Kampftag der Landarbeiter/innen.

Wir identifizieren uns mit den Kämpfen der Bürgerbewegungen und –organisationen in Indien und verurteilen gemeinsam mit ihnen diejenigen politischen und ideologischen Kräfte, die —unter Berufung auf Religion und ethnische Zugehörigkeit— Gewalt, Sektierertum, Diskriminierung und Nationalismus propagieren. Wir verurteilen Drohungen, Festnahmen, Folter und Mord an gesellschaftspolitischen Aktivisten, die den Kampf ihrer Gemeinschaften für weltweite Gerechtigkeit organisieren. Wir klagen die auf Kasten, Klassen, Religion, Geschlecht und sexuelle Orientierung bzw. Identität beruhende Diskriminierung an. Wir verurteilen die ständige Gewalt gegen Frauen und deren Unterdrückung unter Anwendung von kulturellen und religiösen Mustern und diskriminierenden Traditionen.

Wir unterstützen die Bemühungen der Bürgerbewegungen und –organisationen in Indien und ganz Asien, die den Kampf der Völker für Gerechtigkeit, Gleichheit und Menschenrechte vorantreiben, insbesondere den der Dalits, der Adivasis und der am meisten unterdrückten Gruppen in dieser Gesellschaft. Die neoliberale Politik der indischen Regierung verschärft die gesellschaftliche Ausgrenzung und Unterdrückung, welche die Dalits im Laufe der Geschichte immer wieder erdulden mussten.

Aus all den genannten Gründen stellen wir uns hinter den Kampf der Entrechteten überall auf der Welt und schließen uns dem Aufruf der Dalits zu einem Aktionstag für die gesellschaftliche Teilhabe an.

Als Antwort auf seine Legitimationskrise greift der Kapitalismus auf die Anwendung von Krieg und Gewalt zurück, um eine unpopuläre Wirtschaftsordnung aufrechtzuerhalten. Wir fordern von den Regierungen, Schluss zu machen mit Krieg und Militarismus und die Militärhaushalte zusammenzuziehen. Wir verlangen die Schließung der US-Militärbasen weltweit, da sie eine Gefahr und eine Bedrohung für die Menschheit und die Welt darstellen. Wir müssen uns den beispielhaften Kampf der Bewohner von Puerto Rico zum Vorbild nehmen, durch den die Schließung der US-Basis in Vieques erzwungen wurde. Der Widerstand gegen den globalen Krieg ist und bleibt für uns ein weltweites Mobilisierungsfeld.

Wir rufen die Zivilgesellschaft weltweit dazu auf, am 20. März im Rahmen eines internationalen Protesttags gegen den Krieg und die Besetzung im Irak seitens der USA, Großbritanniens und ihrer Verbündeten auf die Straße zu gehen.

Zu diesem Zweck wird die Anti-Kriegsbewegung in jedem Land ihre eigenen Parolen und Taktiken entwickeln, mit dem Ziel, eine breite Beteiligung an den Mobilisierungen sicherzustellen. Wir fordern den sofortigen Rückzug der Besatzungstruppen aus dem Irak und unterstützen die irakische Bevölkerung in ihrem Recht auf freie Selbstbestimmung und Souveränität, sowie in dem Recht auf Entschädigung für die durch Embargo und Krieg angerichteten Schäden.

Der „Krieg gegen den Terror“ dient nicht nur als Vorwand, um Krieg und Besetzung im Irak und in Afghanistan aufrechtzuerhalten, sondern man benutzt ihn auch, um die Bevölkerungen zu bedrohen und anzugreifen. Gleichzeitig wird das verbrecherische Embargo gegen Cuba und die Destabilisierungsstrategie gegenüber Venezuela beibehalten.

Wir rufen dazu auf, dieses Jahr die Mobilisierung zugunsten Palästinas kraftvoll zu unterstützen, vor allem am 30. März, dem Tag der Heimat in Palästina, an dem ein Rückkehrrecht der Flüchtlinge und ein Stopp des Mauerbaus eingefordert werden soll.

Wir verurteilen den Imperialismus, der religiöse, ethnische und Stammeskongflikte zu seinem eigenen Nutzen anheizt, und dabei den Hass, die Gewalt und das Leiden der Bevölkerung vergrößert. Im Jahr 2003 waren von den über 80% der 38 bewaffneten Konflikte weltweit vor allem die Bevölkerungen Asiens und Afrikas betroffen.

Wir verurteilen, dass Regierungen, transnationale Konzerne und internationale Finanzinstitutionen die unhaltbare Verschuldung der armen Länder dieser Welt als Druckmittel benutzen. Wir lehnen die unrechtmäßigen Schulden der Dritten Welt ab und fordern ihre bedingungslose Streichung, sowie Wiedergutmachung für die wirtschaftlichen, sozialen und ökologischen Schäden als Voraussetzung für die volle Durchsetzung ihrer Rechte. Ganz besonders stellen wir uns hinter den Kampf, den die sozialen Bewegungen auf dem afrikanischen Kontinent führen.

Deshalb erheben wir unsere Stimme gegen den G8-Gipfel und gegen die Treffen des Weltwährungsfonds und der Weltbank, den Hauptverantwortlichen für den Raubbau an den Völkern.

Wir lehnen die Aufzwingung von regionalen oder bilateralen Abkommen, wie etwa ALCA, NAFTA, CAFTA, AGOA, NEPAD, Euro-Med, AFTA und ASEAN, ab.

Wir sind Millionen und stehen zum Kampf bereit; wir, denen es uns gelungen ist, unsere Mobilisierungen gegen einen gemeinsamen Feind zu richten, nämlich die WTO. Die indigenen Völker kämpfen gegen die Patentierung sämtlicher Lebensformen und den Angriff auf die Biodiversität, das Wasser, den Boden, die Umwelt, die Bildung und die Gesundheit; und wir sind Millionen, die sich gegen die Privatisierung der öffentlichen Dienste zur Wehr setzen. Bei der Auseinandersetzung mit dem gemeinsamen Feind haben sich uns Jugendliche und Studenten angeschlossen, die ihr Recht auf eine öffentliche Bildung und eine würdige Arbeit einfordern, die ihnen eine Zukunft ohne Armut und Gewalt ermöglicht.

Wir rufen alle Menschen dazu auf, sich dafür stark zu machen, dass Wasser als ein Grundrecht und Quelle allen Lebens nicht privatisiert werden darf; sowie dafür, die Kontrolle über öffentliches Eigentum und natürliche Ressourcen, die privaten und transnationalen Interessen ausgeliefert wurden, wiederzuerlangen.

In der siegreichen Schlacht von Cancún steht der Tod des Bauern Lee für das Leiden von Millionen von Landarbeitern und Gesellschaftsgruppen, die der „freie Markt“ an den Rand drängt. Sein Opfer ist ein Symbol für unsere Entschlossenheit gegenüber der WTO, deutlich zu machen, dass jedweder Versuch, die WTO wiederzubeleben, auf unseren Widerstand stoßen wird.

WTO, nimm deine Finger weg von Landwirtschaft, Ernährung, Gesundheit, Wasser, natürlichen Ressourcen und Gemeinschaftsgütern!

Mit dieser Entschlossenheit im Rücken rufen wir alle sozialen Bewegungen weltweit dazu auf, nach Hong Kong zu mobilisieren, wo das nächste Ministertreffen der WTO stattfinden wird, und unsere Kräfte im Kampf gegen die Privatisierungen und in der Verteidigung des öffentlichen Eigentums, der Umwelt, der Landwirtschaft, des Wassers, der Gesundheit, der Dienstleistungen und der Bildung zu bündeln.

Somit bekräftigen wir unseren festen Willen, das Netzwerk der Sozialen Bewegungen und damit unsere Kampfkraft zu stärken.

GLOBALISIEREN WIR DEN KAMPF! GLOBALISIEREN WIR DIE HOFFNUNG!

(Übersetzung aus dem englischen Text)

Einschätzungen des Weltsozialforums in Mumbai

Vandana Shiva

Die Kraft der Vielfalt – Zwei Wünsche an das indische WSF

Interview mit Claudio Jampaglia

Ist der Neoliberalismus tot?

Als Ideologie und Wirtschaftsmodell ist er tot; daher stützt er sich heute immer dramatischer auf den Militarismus. **Die Tatsache, dass dieses Konzept der Globalisierung Gewalt anwenden muss, um am Leben zu bleiben, beweist seinen ideologischen Tod.**

Glaubst Du, dass nach dem Zusammenbruch der WTO in Cancún auch die internationalen Institutionen definitiv untergegangen sind, die sie gefördert haben?

Das glaube ich nicht. Die beiden Dinge passen nicht zusammen. Die internationalen Finanzinstitutionen haben den Neoliberalismus direkt unterstützt und aufrechterhalten, über die formale Kontrolle der Regierungen des Südens, und nicht über Verhandlungen, die sich identifizieren und durch eine internationale Mobilisierung bekämpfen lassen. Das ist der große Unterschied zwischen Weltbank und Internationalem Währungsfonds auf der einen Seite und der WTO auf der anderen. Und das ist der Grund, warum die Erfolge von Seattle und Cancún verzeichnet werden konnten. **Die Weltbank und der IWF jedoch intervenieren direkt in den Ländern, und es sind die lokalen Bewegungen, die ihnen entgegentreten müssen. Gegen diese Organisationen, die WTO eingeschlossen, können wir uns nur zur Wehr setzen, wenn wir die Themen und die Aktionen auf lokaler Ebene mit der Kraft einer globalen Bewegung, wie wir sie heute haben, vereinigen.** Um effektiv zu sein, bedarf es einer internationalen Koordination nationaler und lokaler Aktionen. Solange es uns nicht gelingt, diese Ebenen ins Zentrum der globalen Aktionen zu bringen, werden die Finanzinstitutionen weiter ihre globale Konkursagenda verfolgen.

Wie beurteilst du die G21¹¹, handelt es sich um eine Allianz für die Wirtschaftsverhandlungen oder um einen neuen Block von "Nicht-Alliierten" mit der neoliberalen Globalisierung?

Um die **G21** zu verstehen, muss man aufmerksam betrachten, wie sie sich gebildet hat. **Praktisch war es der Druck der lokalen Bevölkerungen, der jene Regierungen gezwungen hat, die Grenzen der Wirtschaftsverhandlungen in Frage zu stellen.** Nach acht Jahren der Anwendung der WTO-Regeln und mehr als zehn Jahren internationaler wirtschaftlicher Deregulierung sind die Resultate für alle Augen sichtbar. Auch die Versprechungen von der Gleichbehandlung aller Länder, die der Dritten Welt gemacht wurden, sind nicht eingehalten worden. Die Länder des Südens waren nicht imstande, sich allein zu verteidigen gegenüber dem Norden, der die Subventionen für die eigenen Agrar- und Industrieerzeugnisse weiterhin erhöht und unverzichtbare Märkte für die Ausfuhren des Südens schön geschlossen hält. Die Existenz dieses Doppel-Standards war skandalös und unverschämte. Aber die Bewegungen haben die Entstehung der G21 ermöglicht. Das ist im Grunde keine autonome Initiative, sondern das Resultat der Mobilisierungen und des Anwachsens der

nationalen Bewegungen, ihres Drucks auf die Regierungen und des Vorhandenseins einer internationalen Bewegung, was die Bedingungen für einen neuen Umgang mit der Politik geschaffen hat. In **Indien** gibt es zum Beispiel seit Jahren eine starke Kampagne gegen die WTO. Vor den Verhandlungen von Doha hat das Bündnis der Gruppen und Organisationen, die sich den Regeln der WTO widersetzen, ebenso wie später auch für Cancún, Seminare, Untersuchungen, öffentliche und institutionelle Anhörungen organisiert - insbesondere mit dem Premierminister, dem Handelsminister und der indischen Delegation -, um Bewertungen und Hinweise zu den Verhandlungsthemen zu liefern. Die Fähigkeit, zu informieren und den Themen der WTO auf den Grund zu gehen, die immer größere Kompetenz dieser Gruppen und NGOs waren von entscheidender Bedeutung, als Mittel gegen die Undurchsichtigkeit der Ministererklärungen (die ständig dazu neigten, den Rückfall auf dem Gebiet der Wirtschaftsverhandlungen klein zu schreiben) und als Grundlage zur Anprangerung der Illegitimität und des antidemokratischen Charakters der WTO. Man kann sagen, dass wir in diesen Jahren nichts anderes getan haben.

Die G21 ist somit Ausdruck der von den BürgerInnen- und sozialen Bewegungen erzielten Erfolge, und ihre Zukunft hängt von der Zukunft der Bewegungen ab. Wenn es uns gelingt, den Druck auf eine signifikante Zahl von Regierungen aufrechtzuerhalten, die in der Lage sind, sich des neoliberalen Betrugs zu entledigen, dann können wir mit der eingeschlagenen Veränderung fortfahren. Sicherlich wird es sehr starke Widerstände geben, wie im Falle der Länder Zentralamerikas, die auf Druck der USA das Lager bereits verlassen haben. Aber wir können es schaffen. Wir brauchen nur daran zu denken, wie die Europäische Kommission, ausgerechnet anlässlich von Cancún, zugeben musste, dass der Konsens, mit dem der Neoliberalismus die Welt regiert hat, nicht länger garantiert werden kann.

*Um in **Europa** zu bleiben, wie beurteilst Du den Stand des Fortschritts der Union, ihren Konvent und die Rolle der Bewegungen?*

Zunächst einmal geht es darum, zu definieren, was wir von einer regionalen Union und von ihrer Regierung wollen. Ich glaube, dass sich die Forderungen und der Druck von Seiten der Bewegungen zunächst auf die politische Kohärenz der Prinzipien und der Werte der Union konzentrieren müssen. Das heißt, **klar von "Demokratie des Planeten Erde", von globaler Demokratie zu sprechen.** Wir leben in einer historischen Situation, in der sich die Fähigkeit des Menschen, die eigenen Lebensmöglichkeiten zu zerstören, über die Maßen erweitert hat. Wir verschmutzen die Luft und destabilisieren das Klima, produzieren ständig neue Risiken der Ausrottung von Tier- und Pflanzenarten, zerstören alle unsere Wasserressourcen und **machen im Prinzip das Leben auf unserem Planeten mehr und mehr unmöglich.** Wir vergessen unsere nachhaltige Lebensweise und den immer wiederkehrenden Zusammenhang, in dem wir mit der

natürlichen Welt leben. **Darin gibt es keinerlei Unterschied zwischen Erster und Dritter Welt, zwischen Europa und Afrika: Wir sind alle bedrohte indigene Gemeinwesen.** Wir müssen erkennen, dass der Ausgangspunkt die lokale Ebene ist. **Man kann eine nationale oder regionale Demokratie nur auf der Basis lokaler Demokratien aufbauen; dies gilt für Europa wie für das globale System.** Der Liberalismus hat das Konzept einer eingeschränkten Demokratie legitimiert, hat die Schaffung von formell repräsentativen, aber leeren Papp-Demokratien erlaubt. **Der Liberalismus hat die Kombination von direkt vom Volke gewählten politischen Repräsentanzen mit einem Kontext wirtschaftlicher Diktatur befördert.** In einer solchen Situation ist die repräsentative Demokratie nicht möglich. Wir haben das gesehen, als in völlig unterschiedlichen Regionen und Ländern fundamentalistische und fremdenfeindliche Regierungen und Spannungen auftauchten. Es ist unvermeidlich. Dies ist der Grund, warum wir auf diese Wirtschaftsdiktatur und auf die Renaissance einer aggressiven Rechten reagieren müssen, indem wir für eine Demokratie eintreten, die in ihrem Innern auch die wirtschaftliche Demokratie enthalten soll - und all das, was wirklich über unsere Lebensqualität und unser Leben selbst entscheidet.

Was wäre das beste mögliche Vermächtnis des indischen Weltsozialforums?

Mein Traum ist es, dass die Kräfte des Sozialforums, die indischen und die anderen Bewegungen, klar verstanden haben, dass die Diversität ihre Kraft ist - und nicht ihre Schwäche - und dass wir es nicht nötig haben, ständig neue Standardisierungen und Einförmigkeiten zu suchen. Das Kennzeichen und die Energie Indiens werden durch seine Diversität repräsentiert, und ich hoffe, dass diese die gesamte globale Bewegung tief durchdringen kann.

Der zweite Wunsch ist mit dem ersten verbunden und betrifft die **Möglichkeit, substanzielle und dauerhafte Siege zu erringen.** Während wir so viel internationale Solidarität und Teilnahme erfahren, dürfen wir nicht vergessen, dass wir nichtsdestotrotz die Spitze eines Eisbergs sind. Es ist für jeden von uns der Moment gekommen, gemeinsame Prinzipien zu entwickeln für Aktionen auf lokaler und nationaler Ebene. Der Aufbau und die Multiplikation von lokalen Anliegen, Aktionen und Siegen im Rahmen einer internationalen Bewegung ist die einzige Möglichkeit, das kühne Unterfangen der globalen Demokratie von unten her zu gewinnen.

[1] Mit G21 bezeichnet man das Regierungsbündnis, das in Cancún für die Einhaltung einer gemeinsamen und gerechten Agenda von Handelskonzessionen gekämpft hat, ausgehend von der Diskussion über die Agrarsubventionen der Vereinigten Staaten und Europas. Auf Initiative von Brasilien, China und Indien war das G21-Bündnis ausschlaggebend für den Fehlschlag der Strategie der Kooptation und Erpressung, die die Verhandlungsführer von WTO, USA und EU gegenüber den Entwicklungsländern verfolgten. Jetzt steht das G21-Bündnis (inzwischen G17 durch den Wegfall von Costa Rica, El Salvador, Honduras und Mexiko) vor dem Problem, die eigene Agenda von Vorschlägen für den internationalen Handel weiterzuverfolgen, oder nicht.

Vorabdruck der Nr. 2 von Alternative, Erscheinungstermin Ende Januar

Übersetzt aus dem Italienischen (La forza delle diversità - Intervista a Vandana Shiva) von Karin Ayche – coorditrad@attac.org, ehrenamtlicher Übersetzungsdienst von attac

Sven Giegold Ein wichtiger Meilenstein

Das soeben in Mumbai zu Ende gegangene vierte Weltsozialforum war ein wichtiger Meilenstein für die globalisierungskritische Bewegung. Erstmals fand das Forum nicht im brasilianischen Porto Alegre, sondern in Asien statt. Dieser Umzug ist nicht nur geglückt, sondern das Forum hat in vielfacher Hinsicht davon profitiert. Die über 1200 Veranstaltungen und mehr als 100.000 Teilnehmerinnen und Teilnehmer wurden stark von den Bewegungen des indischen Subkontinents geprägt.

Wie in Porto Alegre gelang es GewerkschafterInnen, Nichtregierungsorganisationen, soziale und ökologische Initiativen genauso wie radikale Basisgruppen auf einem Forum in einem Geist von "Einheit in Pluralität" zu versammeln.

Viel stärker als auf den vorangegangenen Foren waren direkt von Unterdrückung Betroffene auf dem Forum dabei.

Die niedrigste Kaste der Dalit, Homo- und Transsexuelle, Frauengruppen, Behinderte, aus ihren Wäldern vertriebene BewohnerInnen und Indigene machten ihre Anliegen lautstark hörbar. Gerade Gruppen, die es in Indien sonst schwer haben, konnten das Forum für sich nutzen. Ihre Basisgruppen und

Organisationen schufen mit Demonstrationen, Tänzen und Musik eine zweite Sprache auf dem Forum. Die Gespräche mit ihnen waren eine große Bereicherung. Der in einigen Medien geäußerte Vorwurf des Karnevals ist arrogant und zeugt von einer sehr äußerlichen Betrachtung. Auf den Straßen war ein Wissen über die realen Lebensverhältnisse versammelt, das in den Konferenzen oft nur abstrakt vorhanden war und von dem das Forum sehr profitiert hat. Die indischen OrganisatorInnen haben es geschafft, Gruppen zum Forum zu mobilisieren, die sonst unterrepräsentiert sind. Erfreulich war, dass die Großveranstaltungen mit den Bewegungsstars diesmal eine viel kleinere Rolle spielten als in Porto Alegre.

Auf den Seminaren und Konferenzen, der ersten Sprache des Forums, waren solche Veranstaltungen besonders gut besucht, die viele Menschen in Indien direkt betreffen: Fragen des Zugangs zu Wasser, Land und Saatgut, des Kastenwesens aber auch der Vertreibungen durch Großprojekte wie Staudämme. Besondere Aufmerksamkeit erhielt die Auseinandersetzung um ein Coca-Cola-Werk in Südindien, das den Kleinbauern zunehmend das Wasser abgräbt. Bei Veranstaltungsthemen, die derzeit in Indien wenig diskutiert werden, sah es allerdings

anders aus. Hier blieben die internationalen BewegungsvertreterInnen eher unter sich. Der Dialog mit den indischen Gruppen gelang hier nur unvollkommen.

Auffallend war auf vielen Veranstaltungen, wie stark sich Initiativen der direkt von Ausbeutung Betroffenen auf das Konzept der **Menschenrechte** bezogen. Die frühere Kritik an diesem "bürgerlichen Rechtskonzept" spielte hier kaum eine Rolle. Neu war auch das große Interesse an **Konzepten globaler Demokratie**, wie die Vorschläge des britischen Autors und Aktivisten George Monbiot zu einem Weltparlament. In die gleiche Richtung geht die Tendenz vieler Initiativen und Bewegungen, sich direkter in den institutionalisierten politischen Prozess einzubringen. Diverse Gruppen bezogen sich positiv auf die UNO. Das Entstehen der G20 in der WTO wurde auch von Akteuren begrüßt, die die Abschaffung der WTO fordern. Via Campesina arbeitet an einer internationalen Konvention zu Ernährungssicherheit. Breiten Raum nahmen schließlich Veranstaltungen zu "Globalisierung & Krieg" ein.

Parallel zum Weltsozialforum fanden diverse weitere Treffen statt. Der **Kongress "Mumbai Resistance"** fiel besonders auf, weil dort das Forum hart kritisiert wurde. Kernpunkt der Kritik ist der Pluralismus des Weltsozialforums. Gefordert wurde vielmehr mehr politische Klarheit, man könnte es auch Enge nennen -, also eine klare anti-imperialistische und anti-kapitalistische Haltung sowie Sozialismus als konkrete Alternative zur bestehenden Weltordnung. Ob eine solche "Rückbesinnung" auf antiquierte Organisationsformen angesichts von Globalisierung der Herausforderungen und Pluralität der Antworten innerhalb der Bewegungen klug ist, muss bezweifelt werden. Das sahen wohl auch die meisten indischen Basisgruppen so, die zahlreich beim Weltsozialforum waren und dafür sorgten, dass Mumbai Resistance eine verhältnismäßig kleine Veranstaltung blieb.

Bedauerlich ist, dass das Thema **China** auf dem Forum kaum zur Sprache kam. So mussten die TibeterInnen ihre Lage ohne ChinesInnen diskutieren. ArbeitnehmerInnen- und Menschenrechte in China wurden wenig diskutiert, ebenso wie die Bedrohung der jungen Industrie vieler asiatischer Länder durch die harte chinesische Konkurrenz. So drohen Teile der indischen Industrie offen mit Abwanderung, wenn sie nicht drei weitere Sonderwirtschaftszonen bekommen. Dort sollen die ohnehin lausigen Arbeits- und Umweltstandards nicht gelten und steuerliche Vergünstigungen eingeräumt werden. Ähnliche Prozesse laufen auch in Süd-Ostasien.

Auch andere Teile der Welt wie Afrika, der Nahe Osten und Osteuropa waren auf dem Forum deutlich unterrepräsentiert. Leider haben es ebenfalls viele südamerikanische Gruppen nicht bis nach Indien geschafft. Erfreulich ist dagegen, dass über 1.000 Menschen aus Pakistan am Weltsozialforum teilgenommen haben. Zwar stoppte die indische Regierung - entgegen anderer Zusagen - die Vergabe von Visas. Trotzdem war das Forum die größte Konferenzdelegation aus dem Nachbarland seit der Unabhängigkeit.

Die Beteiligung aus **Deutschland** war von der Größe und politischen Zusammensetzung ähnlich wie in Porto Alegre (Gewerkschaften, kirchliche Basisgruppen, Entwicklungs-NGOs, BUND, Studierende, parteinahe Stiftungen, Attac). Dieses Mal sind allerdings die Indien-Fans gefahren, während die Lateinamerika-Fraktion zuhause geblieben ist. Leider fehlten in Mumbai führende VertreterInnen von Kirchen,

Gewerkschaften, Umwelt- und Sozialverbänden aus Deutschland. Erfreulich war die gestiegene Zahl von Aktiven aus Attac-Gruppen. Mit 40 Delegierten stellte Attac auch die größte deutsche Gruppe.

Die Erfahrungen von Mumbai zeigen deutlich: Um weitere Regionen in den weltweiten Sozialforumsprozess einzubeziehen, ist es **nötig, das Forum immer wieder an anderen Orten stattfinden zu lassen.** Derzeit gehen die Planungen dahin, dass das Weltsozialforum jedes zweite Mal in Porto Alegre stattfindet und dazwischen international wandert. Bei einem Treffen der anwesenden Afrikanischen Gruppen überwog jedoch die Skepsis, ob man schon 2006 ein Weltsozialforum in Afrika ausrichten könne. Auch über die **zeitliche Dimension** wurde diskutiert: Immer mehr Stimmen fordern, das Forum solle nur noch alle zwei Jahre stattfinden.

Fest steht, dass das nächste Forum im Januar 2005 in Porto Alegre stattfinden wird. Beibehalten werden soll auch das Weltsozialforum terminlich vor das Weltwirtschaftsforums in Davos zu ziehen. Die öffentliche Aufmerksamkeit für das Sozialforum ist dadurch erheblich gestiegen. Weitere Entscheidungen bezüglich Zeiten, Orten und Frequenz wird der International Council des Forums treffen.

Beeindruckend war, wie es in Indien erstmals gelungen ist, **das Forum weitgehend ohne Beteiligung transnationaler Unternehmen zu organisieren.** Fast alle Lebensmittel und Dienstleistungen kamen von lokalen AnbieterInnen. Auch bei der Finanzierung blieb das Forum ziemlich konsequent. Zuschüsse von der Ford Foundation mussten draußen bleiben, genauso wie Entwicklungsgelder von Regierungen, die am Irak-Krieg teilnehmen.

In den deutschen und zum Teil auch internationalen Medien wurden die Stimmen lauter, die fragten, was den beim Forum eigentlich rauskäme. Da es anders als bei Parteitagen keinen Leitantrag und keine Beschlüsse aller TeilnehmerInnen gibt, ist es angesichts von 1.200 Veranstaltungen für Bericht-erstatteInnen schwer einen Überblick über die Ergebnisse zu bekommen. Das ändert jedoch nichts daran, dass in den verschiedenen Kampagnenbereichen **viele Beschlüsse für die weitere Arbeit gefasst und unzählige internationale Kontakte geknüpft wurden.**

Allerdings binden diese Absprachen immer nur die daran Beteiligten und niemals das gesamte Forum. Nur so ist seine Pluralität möglich. Das Weltsozialforum ist international der beste Ort, Kampagnen zu planen und mit Aktiven aus der ganzen Welt zu diskutieren. Nirgendwo sonst sind so viele der Akteure an einem Ort versammelt. Um die politische Wirkung des Forums noch zu erhöhen, wäre es trotzdem förderlich, einen Schritt weiter zu gehen. **Einige politische Kernforderungen könnten zu einer Art "Konsens von Porto Alegre" werden, wie ihn Bernard Cassen von Attac Frankreich vorschlägt.** Diese Forderungen müssten in einem offenen Prozess ermittelt werden. Die Kunst wird dabei darin liegen, Forderungen zu finden, die konkret und klar genug sind, um politisch Biss zu haben, ohne gleichzeitig die Breite des Forums zu gefährden. Auch wenn sich herausstellen sollte, dass dies nicht gelingt, bleibt das Forum eine wichtige und unverzichtbare Veranstaltung, die keineswegs folgenlos ist.

Das diesjährige **internationale Treffen von Attac** war ebenfalls ein Erfolg. Es gab einen sehr guten internationalen Erfahrungsaustausch zu den verschiedenen Kampagnen - GATS, Tobinsteuer, Steueroasen, Europäische Verfassung und Privatisierung. Von vielen Mitgliedern und mehreren Sektionen

wurde bedauert, dass bei der Tobinsteuer-Kampagne wegen anderer Prioritätensetzungen viel weniger gelaufen ist als noch vor zwei Jahren. In einigen Ländern ist hier ein Umdenken im Gange. In Belgien steht der Beschluss der Tobinsteuer durch das Parlament kurz bevor. Andere Attac-Sektionen planen neue Kampagnen. Im eher technischen Teil des Treffens wurden vor allem Verfahren beschlossen: Zur Überarbeitung der internationalen Attac-Plattform und zur Gestaltung der internationalen Attac-Webseiten. An der Überarbeitung der Plattform können sich alle Aktiven beteiligen.

In der parallel zum Forum tagenden **Versammlung sozialer Bewegungen** wurden verschiedene Aktivitäten für dieses Jahr verabredet. Unter Anwesenheit von GewerkschaftsvertreterInnen, Anti-Kriegsbewegung, dem Kleinbauernnetzwerk Via Campesina, Friends of the Earth International, Frauennetzwerken, diversen lokalen und nationalen Sozialforen und Attac wurde beschlossen am **20. März** zu einen internationalen **Aktionstag gegen die Besetzung im Irak** aufzurufen. Auf der Versammlung der europäischen Initiativen wurden nochmals die **Aktionstage gegen Sozialabbau in Europa am 2./3. April** bekräftigt. Außerdem werden die anwesenden Bewegungen zur nächsten WTO-Ministerratskonferenz in **Hongkong**

mobilisieren, deren genauer Termin jedoch noch nicht feststeht. Auf der Versammlung der Anti-Kriegsinitiativen hat sich außerdem ein **Netzwerk gegen ausländische Militärbasen** gegründet. In vielen Teilen der Welt regt sich zunehmender Widerstand gegen die diversen NATO-Stützpunkte.

Großen Wirbel in den Medien erzeugte außerdem noch ein Vorschlag von **Arundhati Roy**. In ihrer Rede bei der Auftaktkundgebung schlug sie vor, zwei US-Konzerne durch Aktionen "dicht zu machen", die von der neoliberalen Nachkriegsordnung im Irak profitieren. So sollten die internationale Anti-Kriegsbewegung und die Bewegung gegen die neoliberale Globalisierung einen gemeinsamen Fokuspunkt finden. Dabei ließ sie zunächst offen, ob dies auch mit gewaltsamen Mitteln geschehen soll. In späteren Interviews stellte sie dies dann im Sinne der Gewaltfreiheit klar. Leider wurde der Vorschlag von den Versammlungen der Anti-Kriegsbewegung und der Versammlung sozialer Bewegungen nicht aufgegriffen. Zu sehr waren die Energien schon auf den Aktionstag 20. März konzentriert. Es bleibt abzuwarten, ob der Vorschlag noch ein Eigenleben entfaltet.

mailto:giegold@attac.de

Bernard Cassen

Das „Format“ der Sozialforen überdenken, zur Politik übergehen.

Nach den drei ersten Weltsozialforen in Brasilien und unabhängig vom den Ergebnissen des WSF in Bombay, ebenfalls nach zwei Europäischen Sozialforen (ESF) ist es an der Zeit, sich zu fragen, ob die 2001 in Porto Alegre aufgebaute Struktur so weiter gehen kann. Alles weist daraufhin, dass wir diese Frage verneinen sollten: Gerade dann, wenn eine Dynamik erfolgreich wird – und es ist der Fall –, muss man den nächsten Schritt überlegen. Zumal es mehrere sehr unterschiedlichen „Indikatoren“ gibt, um diesen Erfolg zu messen.

- **Die Anzahl der Teilnehmer?** Nach dem Eindruck, den die massenhafte Teilnahme schon am ersten Forum hinterlassen hat, beweist die Höhe der erreichten Anzahl nicht mehr viel. Man wird immer mehr Vertreter versammeln können. Und dann?
- **Die Ausdehnung der sozialen Basis und die Vielfalt der am Prozess der WSF teilnehmenden Organisationen, die auf der Suche nach einer „anderen möglichen Welt“ sind?** In dieser Hinsicht war die Anzahl der Teilnehmer von Bedeutung, denn es hat zögernde Organisationen – insbesondere Gewerkschaften – dazu anspornen können, eine medienwirksame Bühne nicht zu vernachlässigen und sich ein globalisierungskritisches Etikett anzuheften. Aber es geht bei einigen dieser Organisationen nicht weiter, es gibt keine Zusage für eine Teilnahme an kommenden Aktivitäten. Dies kann sich jedoch ändern.
- **Die Einbeziehung von sozialen Kräften des aufnehmenden Landes bzw. Kontinenten?** Dies war eine der großen Errungenschaften von Porto Alegre: Lateinamerika ist zu einem bedeutenden Protagonisten in der jetzt multilateralen Bekämpfung der

neoliberalen Globalisierung, die bis dahin vorwiegend von europäischen und US-amerikanischen Kräften getragen worden war. Bombay wird diese Rolle auch für das südliche Asien spielen.

- **Die breite Veröffentlichung der auf den Foren erarbeiteten Vorschläge und deren Einbringen in die nationale, kontinentale und internationale Politik?** Da ist gerade für die meisten der Haken: Die Weltsozialforen bleiben eine Art wanderndes großes Alternativfestival mit allen guten Seiten (das internationalistische Gefühl „alle vereint“) und gleichzeitig seine Grenzen: Jeder hat es immer sehr schwer, die „Ergebnisse“ eines Forums darzulegen. Die Aufrufe der Versammlungen der sog. „Sozialen Bewegungen“ können diese Rolle nicht richtig spielen, und sei es nur wegen der Diskrepanz zwischen der Anzahl der Organisationen, die diese Erklärungen ausarbeiten und verabschieden einerseits und der Gesamtzahl der Organisationen andererseits, die an den Aktivitäten der Foren teilnehmen. Das Verhältnis ist zwischen 1 zu 20 und 1 zu 50.

Von höchster Priorität sind unter diesen Umständen die Schaffung und der Ausbau eines grundlegenden und möglichst umfangreichen „**Gedächtnisses**“ der Foren auf allen Ebenen (welt- bzw. kontinentweite Foren, auch Foren in einem Land und Lokalforen) und mit den passenden Mitteln. Dieses „Gedächtnis“ sollte immer den Ansprüchen einer Volksbildung genügen. Wir müssen wissen, was wir schon gemeinsam gedacht und ausgearbeitet haben und wir müssen diese Ergebnisse außerhalb unserer eigenen Reihen massenhaft verbreiten, um unsere Kämpfe und Debatten zu fördern.

Daraus ergibt sich eine weitere Priorität, deren Umsetzung sicher viel schwieriger sein wird, welche dennoch dringend ist: **„Sockel“ von Vorschlägen** aus den Foren entwickeln, leicht „leserlich“ und in der Lage, nicht nur die teilnehmenden Organisationen dafür zu gewinnen, sondern auch breit zu mobilisieren: Weltweit würde man so **eine Art „Konsensus von Porto Alegre“ entwickeln**, den man dem „Washington Konsensus“ entgegenstellen könnte. Auf der Ebene der Kontinente und der Länder sollten zusätzliche „Konsensen“ entwickelt werden, nach dem Prinzip der Subsidiarität.

Auf allen Ebenen ist der Neoliberalismus ein System. Die globalisierungskritische Bewegung muss also ebenfalls ein Minimum von in sich stimmigen Maßnahmen vortragen, die den Charakter eines Systems und Projekts zugleich haben. Diese für alle verständlichen „Sockel“ sollten öffentlich debattiert werden und regelmäßig aktualisiert werden.

Es wäre ein Prozess, der sich vom Prozess der Foren unterscheidet. Diese sollten so bleiben, wie sie sind: Räume für die Entwicklung von Alternativen in allen Bereichen und allen Richtungen. Dieser Prozess muss also außerhalb von den Foren stattfinden, sowohl zeitlich als auch räumlich, um ein Durcheinander zu vermeiden. Wir müssen dafür die passenden Strukturen finden, sowohl für die Entwicklung von Vorschlägen, die Bestandteil des „Konsensus“ sein könnten, als auch für deren „Ratifizierung“. Diese neue Etappe in der Entwicklung der globalisierungskritischen Bewegung sollte aber keineswegs von den Diskussionsthemen der nächsten Foren ausgeschlossen werden, ja umgekehrt sollte sie Bestandteil ihrer Debatten sein.

Damit diese neue Etappe erfolgreich wird, muss sie sich vor **zwei Gefahren** hüten: Zum einen vor der Gefahr, bei allgemeinen programmatischen Ausführungen zu bleiben, die verbal von allen möglichen Parteien bzw. Regierungen vereinnahmt werden könnten, zum anderen vor der Gefahr, sehr detaillierte Formulierungen zu entwickeln, welche dann das gemeinsame Regierungsprogramm der „radikalsten“ Fraktion der Bewegung bilden würden. Es sollte darum gehen, Elemente eines neuen „Paradigma“ herauszuarbeiten, die zwar einen Bruch vom Neoliberalismus darstellen, aber doch offen genug sein sollten, um eine Vielfalt von politischen Umsetzungen zuzulassen, um die Unterschiedlichkeiten der Bewegungsteilnehmer zu respektieren und die Einbeziehung weitere Kräfte zu ermöglichen.

Dieser Sockel – besser gesagt diese Sockel - würden dem Begriff „andere Globalisierung“ seine volle Bedeutung geben: Wir würden etwas „anderes“ als das Bestehende vorschlagen, wir würden den Weg zu einer „anderen möglichen“ Welt bereiten. Sonst würden wir uns nur im Kreis drehen und eine politische Ohnmacht fortbestehen lassen, worüber sich unsere Gegner und einige unserer selbsternannten „Freunde“ sehr freuen: Sie befürchten nichts mehr als die Notwendigkeit, sich ohne Ausreden gegenüber einem emanzipatorischen Projekt zu positionieren, das von Massen unterstützt wird und auf allen Ebenen – weltweit wie lokal – entfaltet wird.

Und was geschieht mit den nächsten Foren?

Für die Kontinente, deren sozialen Bewegungen noch wenig in die globalisierungskritische Dynamik einbezogen sind, werden die bei ihnen stattfindenden Foren zuallererst dazu beitragen,

eben eine solche Einbeziehung zu erleichtern. Wenn man wirklich die globalisierungskritische Bewegung auf die ganze Welt ausdehnen will, haben wir in Osteuropa, in Russland, in Mittel- und Ostasien, im Nahen Osten, ebenfalls in Afrika und im Pazifik noch viel zu tun. Aber selbst wenn diese Foren eine regionale und nationale Katalysatorrolle spielen und ihren Platz in der schon eingeleiteten Dynamik einnehmen, werden sie an die oben erwähnten Grenzen stoßen.

Bei allen diesen Treffen, und nicht nur in Europa und in Amerika, zählt jetzt nicht nur die Ausdehnung ihrer sozialen Basis, sondern auch die Verwertung ihrer Ergebnisse und möglicherweise deren Einbau in die oben erwähnten neuen „Konsensus“.

Was die Sozialforen selbst betrifft, ihr „Format“ muss gründlich überdacht werden:

Die Plena, die bei der Vorbereitung der beiden ESF viel Zeit, personellen Einsatz und Finanzmittel der Organisatoren beansprucht – ja vergeudet haben, sollten beachtlich reduziert werden. Ihre Funktion besteht hauptsächlich darin, durch die Wahl der Sprecher und die einhergehenden Streitigkeiten das Kräfteverhältnis zwischen den Organisatoren zu zeigen, selbst wenn dieses Kräfteverhältnis in keiner Weise der sozialen Wirklichkeit entspricht. Sie locken die Medien an, aber sie sind ergebnislos. Wir könnte es anders sein, wenn sich Delegierte aus 7 oder 8 Ländern zum ersten Mal auf einem Podium treffen, ohne vorhergehende Koordinierung und in einer Massenveranstaltung Reden, ja Ansprachen halten, deren Inhalt im großen und ganzen vorhersehbar ist?

Die Seminare und Workshops müssen die Grundlage des Programms bilden. Bei solchen Einheiten können schon gebildete Netzwerke andere treffen, die - manchmal ohne es zu wissen - in anderen Ländern über das Gleiche oder ähnliche Themen arbeiten; sie können gemeinsam Vorschläge entwickeln und Aktionen beschließen. Dies braucht Zeit. Es sollte also schon in den ersten Vorbereitungswochen eines Forums zur Teilnahme an Seminaren und Workshops aufgerufen werden, also mindestens 6 Monate vor seiner Durchführung.

Die Veröffentlichung der Ergebnisse dieser Seminare und Workshops muss ebenfalls am Beginn der Vorbereitungsphase eingeplant werden und als ein wesentlicher Bestandteil der Programmfestlegung angegangen werden; die erforderlichen finanziellen Mittel müssen dafür geschaffen werden. Eine solche Veröffentlichung sollte sich im Aufbau des „Gedächtnisses“ dieser Foren einfügen.

Solche Überlegungen und andere müssen debattiert werden, in Hinblick auf das nächste ESF wie auch des WSF im Jahre 2005, das mit seiner Wiederkehr dahin wo es begonnen hat – Porto Alegre – eine neue Phase von Auseinandersetzungen mit dem globalen Neoliberalismus und hoffentlich von Siegen einleiten könnte.

Diese Vorschläge habe ich in meinem eigenen Namen entwickelt.

<http://www.france.attac.org/a2316>

Übersetzung, M.D. Vernhes

Eine andere Welt ist möglich

Das erste Weltsozialforum (WSF) wurde im Januar 2001 in Porto Alegre, Brasilien, abgehalten. Drei Monate später, am 9. April 2001, traf sich das brasilianische Organisationskomitee, um eine Auswertung vorzunehmen. Bei dieser Gelegenheit wurde aufbauend auf vorherigen Vereinbarungen eine Charta ausgearbeitet, die später vom Weltrat des WSF in leicht abgeänderter Form übernommen wurde. Sie hat folgenden Wortlaut:

- 1.** Das Weltsozialforum ist ein offener Raum. Es soll ein Ort der Reflektion und der demokratischen Debatte, der Formulierung von Vorschlägen, des freien Austauschs von Erfahrungen und der Vernetzung für effektive Aktionen sein. Das Forum soll Gruppen und Bewegungen der Zivilgesellschaft dienen, die einerseits den Neoliberalismus, eine vom Kapital dominierte Welt sowie jede Form von Imperialismus ablehnen, und andererseits sich dem Aufbau einer globalen Gesellschaft verpflichtet fühlen, die auf fruchtbare Verhältnisse zwischen den Menschen wie auch zwischen diesen und dem Planeten zielt.
- 2.** Das Weltsozialforum in Porto Alegre war ein in Raum und Zeit fixierter Ort. Doch von nun an wird die in Porto Alegre formulierte Gewißheit, daß eine andere Welt möglich ist, begleitet von einem permanenten Prozeß des Suchens und Erschaffens von Alternativen, der nicht auf die Veranstaltungen reduziert werden kann, die ihn unterstützen.
- 3.** Das Weltsozialforum ist ein weltweiter Prozeß. Alle Treffen, die als ein Teil von ihm abgehalten werden, haben eine internationale Dimension.
- 4.** Die auf dem Weltsozialforum vorgeschlagenen Alternativen stehen im Widerspruch zu einer Globalisierung, die von den großen multinationalen Konzernen sowie den ihnen dienenden Regierungen und internationalen Institutionen gelenkt wird. Sie sollen sicherstellen, daß in Zukunft die Globalisierung der Solidarität zu einem neuen Stadium der Weltgeschichte wird. Sie werden die universellen Menschenrechte respektieren sowie die Rechte aller Bürgerinnen und Bürger aller Nationen und der Umwelt. Ihre Basis werden demokratische Systeme und Institutionen bilden, die der sozialen Gerechtigkeit, der Gleichheit und der Souveränität der Völker verpflichtet sind.
- 5.** Das Weltsozialforum bringt lediglich Organisationen und Bewegungen der Zivilgesellschaft aus aller Welt zusammen und vernetzt sie. Es hat hingegen nicht die Absicht, die Weltzivilgesellschaft zu repräsentieren.
- 6.** Die Treffen des Weltsozialforums beraten nicht im Namen der Institution Weltsozialforum. Daher ist niemand berechtigt, im Namen eines der Foren zu sprechen oder eine Position als die aller Teilnehmer wiederzugeben. Die Teilnehmer dürfen nicht aufgefordert werden, als Institution Erklärungen oder Aktionsvorschläge anzunehmen, die jeden oder die Mehrheit binden und den Eindruck erwecken könnten, mit ihnen würde das Forum als Institution etabliert. Es stellt daher keinen Ort der Macht dar, um den die Teilnehmer in den Treffen ringen. Ebenso wenig hat das Forum den Anspruch, die einzige Form der Zusammenarbeit zwischen den teilnehmenden Organisationen und Gruppen zu sein.
- 7.** Dennoch müssen teilnehmende Organisationen und Verbände das Recht haben, in den Foren über Erklärungen und Aktionen zu sprechen, entweder alleine oder in Kooperation mit anderen. Das Weltsozialforum sorgt nach seinen Möglichkeiten dafür, derartige Beschlüsse weit zu verbreiten, ohne sie dabei zu hierarchisieren, zu zensieren oder einzuschränken, aber als Beschlüsse der jeweiligen Gruppen und nicht des Forums.
- 8.** Das Weltsozialforum ist ein pluraler, vielfältiger, nichtkonfessioneller, an keine Regierung oder Partei gebundener Zusammenhang. Auf eine dezentralisierte Art und Weise verbindet es Organisationen und Bewegungen miteinander, die sich mit konkreten Aktionen auf lokaler wie auch auf internationaler Ebene darum bemühen, eine andere Welt aufzubauen.
- 9.** Das Weltsozialforum wird stets offen sein für den Pluralismus und die Vielfalt der Aktivitäten und des Engagements der Organisationen und Bewegungen, die teilnehmen wollen, solange sie sich an diese Charta halten. Das Gleiche gilt für die Vielfalt der Geschlechter, Ethnien, Kulturen und des körperlichen Vermögens. Weder Parteivertreter noch militärische Organisationen dürfen an den Foren teilnehmen. Regierungsvertreter und Parlamentarier, die die Verpflichtungen dieser Charta anerkennen, können als Einzelpersonen eingeladen werden.
- 10.** Das Weltsozialforum ist gegen alle totalitären und reduktionistischen Sichtweisen der Wirtschaft, der Entwicklung und der Geschichte sowie gegen Gewalt als Mittel sozialer Kontrolle durch den Staat. Es hält den Respekt der Menschenrechte hoch, sowie die Anwendung wirklicher Demokratie, die partizipatorische Demokratie, friedliche Beziehungen in Gerechtigkeit und Solidarität zwischen den Menschen, Ethnien, Geschlechtern und Völkern. Es verurteilt alle Formen der Dominanz und der Unterordnung eines Menschen unter einen anderen.
- 11.** Als ein Forum der Debatte ist das Weltsozialforum eine Bewegung der Ideen, die Reflektionen über die Mechanismen und Instrumentarien der Dominanz des Kapitals anstößt, über Methoden und Aktivitäten, um dieser Dominanz zu widerstehen und sie zu überwinden, und über Lösungen des Problems der Ausgrenzung, die der Prozeß der kapitalistischen Globalisierung in seinen rassistischen, sexistischen und Umwelt zerstörenden Dimensionen international wie auch innerhalb der einzelnen Staaten hervorruft. Das Weltsozialforum sorgt auf transparente Weise für die Verbreitung der Ergebnisse dieser Reflektionen.

12. Als ein Rahmen des Austausches von Erfahrungen ermutigt das Weltsozialforum die teilnehmenden Organisationen und Bewegungen zum gegenseitigen Verständnis und zur gegenseitigen Anerkennung und legt besonderen Wert auf Austausch von Erfahrungen darüber, wie eine Gesellschaft ihre ökonomischen Aktivitäten und politischen Handlungen auf die Bedürfnisse der Menschen und den Respekt der Natur ausrichten kann. In der Gegenwart wie auch für künftige Generationen.

13. Als ein Zusammenhang für Netzwerke will das Weltsozialforum bestehende Verbindungen zwischen gesellschaftlichen Organisationen und Bewegungen verstärken und neue schaffen, sowohl auf der nationalen wie auf der internationalen Ebene. Diese Beziehungen sollen – im privaten wie im öffentlichen Leben – die Fähigkeit gewaltfreien gesellschaftlichen Widerstandes gegen den Prozeß der Entmenschlichung, den die Welt durchläuft, und gegen die Gewalt des Staates stärken. Ebenso sollen die humanisierenden Methoden verstärkt werden, die in den Aktionen dieser Bewegungen und Organisationen zur Anwendung kommen.

14. Das Weltsozialforum ist ein Prozeß, der die teilnehmenden Organisationen und Bewegungen dazu einlädt, ihre lokalen und nationalen Aktionen vorzustellen und sich als Weltbürger aktiv an internationalen Zusammenhängen zu beteiligen, um ihre Erfahrungen auf die internationale Tagesordnung zu setzen, die sie in ihren Versuchen, eine neue Welt der Solidarität aufzubauen, gemacht haben.

Artikel aus der Beilage Weltsozialforum Mumbai (Junge welt,14.01.2004)

Charta von Mumbai Resistance

Gegen imperialistische Globalisierung und gegen Krieg

Die MR 2004 versteht sich als Fortsetzung der militanten Tradition, die in den Bewegungen gegen Globalisierung und Krieg in Seattle intensiv manifest wurden. Die Idee zu MR 2004 entstand beim "Internationalen Camp, Widerstandsbewegung Saloniki 2003" in Griechenland. MR 2004 ist für die Zeit vom 17. bis zum 20. Jänner 2004 geplant, parallel zum Programm des Welt-Sozial-Forums (WSF) in Mumbai. Diese Veranstaltung ist Teil des Bestrebens, eine starke weltumspannende antiimperialistische Bewegung aufzubauen. Diese will alle Menschen dieser Welt und auch die Teilnehmer am WSF über die Grenzen des „Reflektierens und der Debatte“ hinaus zu einem organisierten Widerstand gegen imperialistische Globalisierung und gegen Krieg.

- 1.** Das Treffen von MR 2004 in Mumbai versucht besonders die anti-imperialistische Bewegung in Indien einen Schritt nach vorne zu bringen. Sie soll Teil der internationalen Bewegung gegen die zunehmende Konzentration kapitalistischer Kräfte auf der ganzen Erde und gegen die zerstörerischen Kräfte der imperialistischen Globalisierung werden. Denn diese zerstört das sozio-ökonomische Netz aller benachteiligten Länder dieser Welt und ist Ursache für die Zerstörung der Lebensgrundlagen der Menschen und beraubt sie ihres Rechtes zu leben.
- 2.** MR 2004 ist frustriert von der gestaltlosen Vorstellung einer "anderen möglichen Welt" durch das WSF. Es sucht nach einer konkreten alternativen sozio-ökonomischen Struktur. Diese soll auf der Basis von Selbstvertrauen errichtet werden. Es bedarf eines radikalen Bruchs mit allen Kontrollen, Herrschaftsansprüchen und Unterdrückungen durch den Imperialismus und seine Institutionen des weltumspannenden kapitalistischen Systems, wie Weltbank, IWF (Internationaler Währungsfonds), WTO (Welthandelsorganisation), transnationaler Konzerne usw. MR 2004 ist überzeugt, dass Wohlstand und Wachstum in Indien und anderen unterentwickelten Ländern nur durch eine Wirtschaft unabhängig von äußeren Einflüssen erreicht werden kann. Eine wahrhaft sozialistische Wirtschaftsordnung. MR 2004 ist der Meinung, dass dies nur durch Kampf erreicht werden kann und nicht durch endlose und manchmal sinnlose Debatten.
- 3.** MR 2004 ist strikt gegen den unverschämten Raub an den unterentwickelten Ländern dieser Welt, ihrer Wirtschaft, ihrer Naturschätze, ihrer Landwirtschaft und ihres enormen Reichtums und vor allem ihrer menschlichen Ressourcen durch die multinationalen Konzerne. Unterstützt durch die imperialistische Politik ihrer Regierungen findet dieser Raub statt unter dem Vorwand „ökonomischer Reformen“. MR 2004 ist der tiefen Überzeugung, dass der Kampf gegen diesen Imperialismus und dieses globale kapitalistische System auch gegen die herrschenden Kasten in den benachteiligten Ländern gefochten werden muss, weil sie diese Politik aktiv unterstützen und sogar implementieren.
- 4.** MR 2004 ist strikt gegen die Privatisierungs- und Ausverkaufs-Politik dieser Regierungen. Ganz besonders im Bereich der Grundstoffindustrie, der öffentlichen Dienstleistungen, der Gesundheitsvorsorge, der Bildungseinrichtungen, der öffentlichen Wohlfahrt und anderer sozialen Bereiche. Das ist der tatsächliche Ausverkauf des nationalen Vermögens.
- 5.** MR 2004 verlangt die einseitige Tilgung der Auslandsschulden, die von den volksfeindlichen Regierungen bei den Imperialisten angehäuft wurden mit ihren erdrückenden Zinsendiensten.
- 6.** MR 2004 lehnt die massiven Attacken gegen die Arbeitnehmer dieser Welt ab, die im Zuge der Globalisierung stattfinden. Die arge Wirtschaftskrise führt dazu, dass das Kapital die Profite zu maximieren sucht durch Privatisierung, Personalabbau, Lohnkürzung, Auslagerung, Flexibilisierung, Kürzung der Sozialleistungen, sowie der Altersvorsorge usw. Es wird sogar das Recht der Arbeitnehmer, sich zu organisieren und das Recht auf Streik angegriffen. In Indien und auch in anderen Teilen der Welt, sind die Lebensbedingungen der arbeitenden Bevölkerung in unvorstellbare Tiefen gesunken.

7. MR 2004 bekämpft auch die Angriffe auf das Überleben der Landbevölkerung in den benachteiligten Ländern durch die Globalisierung der Landwirtschaft. Die gesamte Landbevölkerung Indiens wird ruiniert durch massiv subventionierte Billigimporte, den Preisverfall der Landprodukte, den Mangel an Preisstützungen, der Ablehnung von Krediten für Bauern, den steigenden Wucherzinsen, den Rückzug der öffentlichen Investoren aus der Landwirtschaft, die steigenden Einkaufspreise, die zunehmende Abhängigkeit von Lieferungen von multinationalen Konzernen, das Überhandnehmen der Latifundien, die Übernahme großer Landflächen durch multinationale Konzerne. Daneben gibt es Probleme durch Dürreperioden, Überschwemmungen, die das Land verwüsten und jedes Jahr Tausende in den Tod treiben. Und Schuld daran ist die nationale Politik.
8. MR 2004 steht auf gegen den Trend des neuen Faschismus in der ganzen Welt. Er hat eine abstoßende Form angenommen und zahlreiche Übergriffe besonders gegen nationale Minderheiten entschuldigt mit der Ausrede des Kampfes gegen den Terrorismus, besonders seit dem 11. September. Diese Übergriffe sind nichts anderes als der Versuch, den Kampf der Völker um ihre Grundrechte und ihre berechtigten Forderungen zu unterdrücken. In Indien haben diese Erscheinungen verschieden Formen angenommen. Die auffälligste Form ist der Hindu Faschismus. Er terrorisiert die Minderheiten und benützt dazu das repressive Kastensystem und fördert es nachgerade. Es peitscht den nationalistischen Chauvinismus auf. Die Pogrome im Bundesstaat Gujarat 2002 waren das tödlichste Zeugnis dafür. Ebenso die drakonischen Gesetze wie das Gesetz zur Verhinderung terroristischer Angriffe (POTA, prevention of terrorist Act) und das Gesetz zur aufrecht Erhaltung wichtiger Dienste (ESMA, Essential Services Maintenance Act), welche die extrem undemokratischen und repressiven Traditionen des Zentralstaates kolonialer Tradition fortschreiben.
9. MR 2004 ist der Ansicht, dass die gegenwärtige kulturelle Degeneration, der extreme Konsumismus und die religiöse Heuchelei ein Resultat der rückschrittlich/feudalen und kapitalistisch/imperialistischen Werte sind, die einerseits hochgehalten werden von einem ungezügelt Markt-Fetischismus und andererseits von einem religiösen Fanatismus der Regierungen einiger Länder. MR 2004 unterstützt echte demokratische Werte und Kulturen, um das Verschwinden des kulturellen Erbes der Völker zu verhindern.
10. MR 2004 ist der Ansicht dass die enorme Umweltzerstörung in der Welt - auch in Indien - das direkte Resultat des Prinzips vom Primat des freien Markts und des kapitalistisch/imperialistischen Konzepts für „Entwicklungs-Zusammenarbeit“ ist. Das führt dazu, dass natürliche Ressourcen zur Handelsware werden und dass die Habsucht der Konzerne und ihre Profitmaximierung auf Kosten der Ökologie und des Lebensraums der Völker befriedigt werden. Umweltschutz ist unmöglich ohne die Wurzel des Übels dieser Raubzüge auszureißen.
11. MR 2004 nimmt den Kampf auf gegen die zunehmende Ausgrenzung aller Gruppen der unterdrückten Massen unter der imperialistischen Globalisierung. Besonders für die sozial benachteiligten Gruppen und der indigenen Völker. Z.B. werden die Adivasi, die 7% der Bevölkerung Indiens ausmachen, von ihrem Land und ihrem natürlichen Lebensraum vertrieben und werden mehr und mehr an den Rand der Gesellschaft gedrängt.
12. MR 2004 bekämpft alle Formen sozialer Unterdrückung. Besonders in Indien spielen die Kasten auch heute noch eine entscheidende Rolle im aktuellen System der Ausbeutung. MR 2004 steht für die komplette Ausrottung des Jahrhunderte alten unmenschlichen Kastensystems mit allen seinen sozialen, politischen und sozio-religiös-kulturellen Facetten. Unter dem Einfluss der Globalisierung zeugt dieses System noch schlimmere Auswirkungen. Der Angriff auf die benachteiligten Kasten wird immer dramatischer sei es durch den Chauvinismus der oberen Kasten oder durch den brahmanischen Faschismus. MR 2004 ist strikt gegen alle Formen der Herrschaft und den Chauvinismus höherer Kasten und die abscheuliche Diskriminierung der „Unberührbaren“, die in weiten Teilen des Landes noch immer geübt wird.
13. MR 2004 nimmt den Kampf gegen die patriarchalische Unterdrückung der Frauen auf und lehnt die vulgäre und imperialistische Unkultur ab, die Gewalt gegen Frauen entschuldigt und Frauen zur Handelsware herabwürdigt.
14. MR 2004 verwehrt sich gegen alle Formen der gesellschaftlichen Spaltung und lehnt alle Formen der Gewalt gegen Minderheiten ab. Besonders den Hindu-Nationalismus der sich gegen Minderheiten richtet wie die Christen, die Sikhs und die Dalits (Unberührbaren) und besonders gegen die Muslime. In diesem Zusammenhang unterstützt MR 2004 alle fortschrittlichen Kräfte aller Religionsgemeinschaften, die gegen die imperialistischen, fundamentalistischen und faschistischen Mächte kämpfen.
15. MR 2004 fordert Gerechtigkeit, Gleichheit und Befreiung für alle, unabhängig von Kaste, Nationalität, Religion oder Geschlecht und glaubt fest daran, dass alle diese unterdrückten Teile der Gesellschaft einen wichtigen Anteil an der anti-imperialistischen Bewegung zur Errichtung einer neuen Weltordnung beitragen werden.
16. MR 2004 vereinigt sich mit all den Millionen von Menschen, die gegen die Aggression und die Kriege sind, die von den USA angeführt werden. MR 2004 steht an der Seite der kämpfenden Völker des Irak, Afghanistans, Palästinas und anderer Völker unter den Stiefeln der US imperialistischen und radikal zionistischen Aggression. MR 2004 steht für die Auflösung aller fremden Militärbasen besonders der USA in der ganzen Welt. Zugleich steht MR 2004 auf gegen jede militärische Intervention und die Expansionsstrategien aller imperialistischen Mächte.
17. Schließlich appelliert MR 2004 an alle echten anti-imperialistischen Kräfte Indiens und in der Welt, die Bestrebungen von MR 2004 zu unterstützen. Alle Teilnehmer am WSF in Mumbai sind aufgerufen, wirksamen Widerstand gegen imperialistische Globalisierung und gegen Krieg zu leisten.

18. MR ist der festen Überzeugung, dass Gerechtigkeit, Gleichheit und Befreiung nur durch den Kampf der Völker erreicht werden können. In diesem Vorgang schließen wir keine Form des Kampfes aus, die in gewissen Situationen notwendig sein kann. Jede Einschränkung für die Art des Kampfes führt nur zu einer Spaltung der Kräfte die gegen den Imperialismus aufstehen.
19. Wir appellieren an euch alle, an unseren Plenarversammlungen, Workshops, Seminaren, am Kulturfestival und unserer Rallye teilzunehmen, damit der wachsende Widerstand in Indien und in der Welt mehr Gewicht bekommt. MR 12004 wird am 17. Jänner 2004 um 9:00 Uhr gegründet werden. Am 17. und 18. Jänner folgen eine Serie von Workshops (vornehmlich zu Themen, die das Überleben der Völker betreffen.) Am 19. Jänner steigt ein Kulturfestival und am 20. Jänner die Mammut Rallye.
20. Wir, die Initiatoren von MR 2004 rufen alle demokratischen Massenorganisationen auf, an unserem Prozess teilzunehmen. Alle demokratischen Menschen sollen ihren Namen dem Empfangskomitee leihen. Alle anderen mögen diese Initiative durch Spenden unterstützen. MR 2004 wird alle seine Einnahmen und Ausgaben veröffentlichen. Nun, da der Anfang von MR 2004 nicht nur in Indien, sondern in der ganzen Welt gemacht ist, rufen wir alle Menschen auf, an diesem neuen Prozess teilzunehmen. Der Höhepunkt soll bei der Veranstaltung im Jänner 2004 erreicht werden.
5. September 2003.

Die sozialen Bewegungen in Indien

Gespräch mit P.K. Murthy, Mitglied des indischen Organisationskomitees für das WSF

<http://www.france.attac.org/a2321>

Welche indischen Kräfte haben vorwiegend bei der Organisation des Forums mitgewirkt?

Es ist uns gelungen, ein sehr breites politisches Spektrum zusammenzubringen. Es reicht von den Sozialisten über die Gandhianhänger und Dalits (einheimische Stämme) bis zu den Marxisten-Leninisten. Auch werden die Volks- und Sozialbewegungen vertreten, sowie linke Gewerkschaften, Frauenbewegungen, viele NRO, und Jugend- und Studentenvereine. Zusammengerechnet sind es 185 Organisationen, die den sogenannten "Rat der Organisationen" bilden. Ein "Arbeitskomitee" setzt sich aus Organisationen zusammen, die besondere Aufgaben übernehmen, und letztendlich gibt es ein "Organisationskomitee" aus ungefähr 40 Personen, davon ein Teil direkt in Mumbai, fest entschlossen, der Vorbereitung des Forums viel Zeit und Energie zu widmen.

Und über Indien hinaus ?

Zum ersten Mal findet ein soziales Event solchen Ausmaßes in Asien statt und Indien eignet sich eher gut zur Aufnahme von TeilnehmerInnen aus benachbarten - wie z.B. Pakistan, Nepal, Sri Lanka-, aber auch entfernteren Ländern - Japan, Korea, Thailand, Malaysia, Indonesien, Philippinen. Auch erwarten wir eine im Vergleich zu den vorigen Jahrgängen stärkere Teilnahme der AktivistInnen aus Afrika und den arabischen Ländern.

Eben: inwiefern haben wir diesmal mit einem "anderen" Forum zu tun ? -

Die Themen haben sich in zwei Richtungen entwickelt. Erstens soll natürlich wiederholt über den Krieg debattiert werden, denn Iraks Besatzung hat diese Frage wieder aktuell gemacht, und ebenfalls über die neoliberale Globalisierung, aber dieses Thema wird nun mehr von politischer Sicht angesprochen, denn jetzt nennen wir die Globalisierung "imperialistisch".

Zweitens kamen drei neue Themen hinzu : die Frage des Rassismus und der Kasten, hier „Kastendogma („casteism“) genannt, dann die religiöse Intoleranz oder "Kommunalismus" (englische Bezeichnung „communalism“, die vom "communautarism" zu unterscheiden und mit religiösem Fundamentalismus gleichzusetzen ist), schließlich die Frauenfrage (im indischen

Kontext ist diese Frage als Priorität anzusehen, denn bei uns zu Hause sind alle Frauen Opfer, ganz gleich, zu welcher Kaste sie gehören.)

Um welche Schwerpunkte wird es bei diesem Forum hauptsächlich gehen?

Über drei Punkte wird voraussichtlich besonders intensiv debattiert. Zuerst über die Beziehungen zwischen Sozialbewegungen und politischen Parteien (sollen sich die Bewegungen auf dem Aufstellen von Forderungen begrenzen, ohne ihre Vorschläge umsetzen zu dürfen?)

Zweitens über alternative Vorschläge und Mittel und Wege, dass sie auch berücksichtigt werden?)

Letztens: was wird nun aus dem Forum? Soll weiterhin jedes Jahr ein solches Forum stattfinden? M.E. wird es nun Zeit, einer neuen Dynamik den Weg zu bereiten, die uns zusammenbringt und verstärkt, indem sie unsere Bewegung ausweitet, und das unabhängig von den Foren.

Zum Schluss: wie sieht es hier in Indien aus ?

Hier ist es üblich, zu hören, dass "jeder seinen Platz finden kann" und wenige Parteien geben sich offen fundamentalistisch oder faschistisch. Aber trotzdem hat in Wirklichkeit die Linke im Zuge der Globalisierung ziemlich viel Boden verloren; zwar sind die gesellschaftlichen Beziehungen nicht mehr genau als "Klassen"beziehungen zu kennzeichnen, dafür werden die Ungleichheiten und Spannungen zwischen den verschiedenen Gemeinschaften von den regierenden Parteien immer schamloser ausgenutzt. Der zur Zeit regierenden rechten Partei, der BJP ist es gelungen, eine Koalition aus zirka 20 Parteien zusammenzubilden, die sie weiterhin unterstützen, obwohl jene Partei voriges Jahr in Gujarat Gräueltaten gegen die moslemische Gemeinde verübt hat. Die eher zentristische Kongresspartei übernimmt für ihr Teil bei wichtigen wirtschaftlichen Fragen meistens die Positionen der Regierung. Von den linken Parteien prangert nur ein winziger Teil die verheerenden Auswirkungen der neoliberalen Globalisierung in Indien an.

Nach dem Gipfeltreffen in Cancun hatte man doch annehmen können, dass Indien - das sich doch geweigert hatte, sich den Forderungen der USA und der EU zu fügen - mit seiner

blockfreien Vergangenheit wieder anknüpfen würde. Wie steht es nun aber wirklich damit?

Da sollte man sich nicht allzu große Hoffnungen machen. In Wirklichkeit waren es vorwiegend Brasilien und einige kleine Länder, wie z.B. Kenia, die Anführer der Gruppe der 21 waren. Da Wahlen bevorstanden, hatte Indien nicht freien Spielraum und musste sich der Bewegung anschließen. Wider Willen aber hat die indische Regierung gemeinsame Sache mit Brasilien, China und Südafrika machen müssen - nur

Wahltaktik. Seit dem Gipfeltreffen aber sind erfolgreiche Gespräche geführt worden, zwecks einer Lockerung der indischen Position. Indien ist mit Brasilien nicht gleich zu setzen! Seit Unilateralismus herrscht, paßt sich die indische Regierung den USA vollkommen an: Selbstverständlich sind „wir“ hierzulande gegen den Terrorismus, erlaubt es „uns“ doch, uns an die moslemische Gemeinde zu vergreifen oder mit Pakistan weiterhin Krieg zu führen, solange die Amerikaner uns nicht allmählich doch ein bisschen rügen....

Die Unberührbaren werden immer noch als Untermenschen behandelt

Der fünfzigjährige Bauer Babula Bherwa ist Mitglied und Vertreter auf dem WSF der Kampagne für den Kampf um die Menschenrechte der "Dalits"(Unberührbaren") (NCDHR)

Von Pierre PRAKASH, 17.Januar 2004

"Ich hab einen Monat bis hierher gebraucht, aber ich wollte unbedingt dabei sein, damit die restliche Welt erfährt, welches Los den Dalits ("Unberührbaren") in diesem Lande zuteil ist. Offiziell ist zwar das Kastensystem abgeschafft worden, aber behandelt werden wir weiterhin wie Untermenschen .In meinem Dorf in Radschastan dürfen wir nicht mal unser Trinkwasser aus dem selben Brunnen schöpfen, einen Tempel betreten, oder irgendeinen Gegenstand anrühren, der einem Menschen aus einer hohen Kaste gehört. Bis vor kurzem durften wir nicht mal in dem selben Becken baden, wobei sogar Kühe und Hunde drin baden dürfen. 2000 hab ich mir vorgenommen, gegen diese Ungerechtigkeit zu protestieren, denn in unserem Becken gab es kein Wasser mehr und wir konnten uns nicht mehr waschen. Mein Neffe und ich sind also in den Becken der hohen Kasten gesprungen. Am Abend sind 50 Leute zu mir gekommen und wollten uns verhaften. Zum Glück ist es uns gelungen, ihnen den Zugang zu versperren. Die Polizei hab ich zwar gerufen, aber ich bin getadelt worden: Sie haben mich gefragt, warum ich gegen die Tradition handelte.

Dann haben die hohen Kasten versucht, mir eine Geldstrafe aufzuerlegen und einen Entschuldigungsbrief unterzeichnen zu lassen, aber ich habe mich dazu geweigert. Dann wollten sie mich von der Gemeinde ausschließen lassen. Keiner wollte mir mehr einen Traktor leihen und auf dem Markt irgendwas verkaufen. Sogar die anderen Dalitsfamilien erhielten Drohungen, wenn sie mich ansprachen. Schließlich ist die NCDHR mir zu Hilfe gekommen, die ganze Geschichte wurde mediatisiert und die Regierung musste eingreifen. Jetzt dürfen wir in dem Becken baden; Die anderen Diskriminierungen bestehen zwar weiter, aber es ist immerhin ein Beweis, dass man gegen das Kastensystem ankämpfen kann. Wenn alle Dalits zusammenhalten würden, könnten wir eine Änderung des Systems erzwingen. Viele fürchten sich vor Repressalien, falls sie gegen die Diskriminierungen ankämpfen. Hoffentlich wird unsere Anwesenheit auf dem Forum die restliche Welt dazu bewegen, Druck auf die indische Regierung auszuüben, denn bisher kommen die Behörden uns überhaupt nicht zu Hilfe.

Navdanya : eine kleine Bio-Insel im Ozean der Pestiziden

Sei neun Jahren, verteidigt die kleine NRO die Biodiversität und die Selbstversorgung der Bauern

Von Pierre PRAKASH, 17.Januar 2004

Wie Hunderte Landwirte in der Umgebung von Dehradun, einer im Norden Indiens gelegenen Kleinstadt, hat sich Aruna Negi vorgenommen, den Multis Widerstand zu leisten. "Wir waren in einen Teufelskreis geraten" erzählt die 45jährige Frau. "Jedes Jahr mussten wir uns mehr Düngemittel und Pestizide kaufen." Mit der Hilfe der NRO Navdanya, die vor inzwischen neun Jahren ihren Sitz in Dehradun etabliert hat, ist Aruna Negi seit 5 Jahren zum biologischen Anbau zurückgekehrt. "Geldprobleme haben wir jetzt keine mehr", sagt sie, "und außerdem schmecken unsere Gemüse nun viel besser". Der von Vandana Shiva, gegründete Verein kämpft um die Erhaltung der Biodiversität und überhaupt für die Rettung der herkömmlichen Anbaumethoden, die in Indien durch die Invasion der von einem Riesenmarkt - Indien zählt 650 Millionen Bauern- angezogenen Multis gefährdet werden.

"**Gefangen.**" "Diese Multis verlocken die Kleinbauern zum Ankauf von Hybridsamen, indem sie ihnen höhere Ernteerträge versprechen", erklärt jene Frau, in Anlehnung auf ihren Anti-GVO-Kreuzzug die "indische José Bové" genannt. Diese Sorten können aber im folgenden Jahr nicht wieder ausgesät werden. So müssen die Kleinbauern jedes Jahr neue Samen bei den Multis kaufen, die sie dadurch buchstäblich zum "gefangenen Markt" machen. Folge: die Kleinbauern verschulden sich, gehen schließlich Pleite und werden gezwungen, ihr Gut zu verkaufen, meint V. Shiva. In verschiedenen Bundesstaaten des

südlichen Teils Indiens haben sich in den letzten Jahren mehrere Bauern sogar das Leben genommen. "Außerdem können diese Sorten ohne chemische Mittel nicht wachsen" sagt Vandana Shiva;" "Ich bin zum Gebrauch von chemischen Mitteln übergegangen, weil die Regierung mir bessere Ernteerträge versprochen hat" erklärt Wali Mohammed, dessen Gut von 0,08 ha zu den größten des Dorfes Bhudi bei Dehradun zählt. "Das war in den ersten zwei Jahren auch der Fall, aber seitdem sinken die Erträge unaufhaltsam, und ich muss andauernd neue Düngemittel, Herbizide und Pestizide dazugeben um das auszugleichen. Jetzt bin ich auf Bankenanleihen total angewiesen."

Die Landwirte, die zum Bioanbau zurückgekehrt sind, bekunden, dass die herkömmliche Methode rentabler ist. Sunil Bhatt aus dem benachbarten Dorf bestätigt, dass die Erträge nicht ganz so hoch sind, dafür braucht er aber keine Investitionen. Die 60000, über das ganze Land verstreuten Biobauern von Navdanya bleiben im Vergleich zu der gesamten indischen Landwirtschaft zwar eine Randerscheinung. Jedoch hat ihr Kampf schon Tausende gefährdeter einheimischer Saatsorten vor dem Artensterben gerettet. Aus Rentabilitätsgründen begrenzen nämlich die Multis die Zahl der zum Kauf verfügbaren Pflanzensorten, was zum Aussterben von Hunderten Sorten führt. Zugleich drängen sie zur zwar einträglicheren, dafür aber empfindlicheren Monokultur. Aus diesem Grund muss Indien heutzutage gewisse Getreidearten einführen, wobei sie sich

nach der "grünen Revolution" der 70er Jahre selbst versorgen konnte. " Von einer ausschließlich auf Handel beruhenden Logik, die nur auf großen Landwirtschaftsbetrieben auf Dauer bestehen kann, wird die Biodiversität gefährdet" meint V.Shiva. Und solche Betriebe sind in Indien äußerst selten.

Banken : Ab 1994 wurden ungefähr 20 über das ganze Land verstreute Samenbanken zur sorgfältigen Aufbewahrung der in der jeweiligen Region einheimischen Saaten. Unweit von Dehradun werden auf dem Biobauernhof der NRO jedes Jahr an die 500 Reis-, Korn- und Linsensorten - u.a.- ausgesät, die auf diese Weise vor dem Artensterben gerettet werden.

Zugleich bildet Navdanya Bauern aus, die zum Bioanbau wechseln wollen und baut den Vertrieb von bisher auf dem indischen Markt nicht vorhandene biologischen Erzeugnissen auf. In den Augen von V.Shiva ist die biologische Landwirtschaft "die einzig nachhaltige Möglichkeit" für die Kleinbauern in den Entwicklungsländern." Worte, die auf dem WSF weit und breit vernommen werden: " Jedem Saatenmonopol bzw. Patentierung des Lebendigen muss dringend Einhalt geboten werden, wenn wir das Aussterben der Erfahrungen der Kleinbauern aus armen Ländern vermeiden wollen.

Übersetzung der drei Artikel: : Michèle Mialane, coorditrad@attac.org

Von Mumbai nach Linz: 2. AUSTRIAN SOCIAL FORUM (ASF) 03.-05. Juni 2004 mit anschließendem Treffen der Sozialen Bewegungen am 06. Juni AUFRUF zur Gestaltung - zur Mobilisierung - zur Teilnahme

Nach dem erfolgreichen 1. Austrian Social Forum (ASF) im Mai 2003 in Hallein, an dem über 2.000 Menschen teilnahmen, hat die Bewegung auch in Österreich immer weitere Kreise gezogen.

Das ASF soll unter größtmöglicher Beteiligung aller Netzwerke, Vereine, Organisationen, Gruppen und Einzelpersonen stattfinden, die eine Alternative zur herrschenden neoliberalen Globalisierung wollen, für gleiche soziale und politische Rechte eintreten und sich gegen Krieg als "Konfliktlösung" wenden.

Austausch und Alternativen

Wie in Porto Alegre und Mumbai sollen die Sozialforen eine offene Begegnungsstätte zum Austausch von Erfahrungen und Meinungen sein und zur Vertiefung der Reflexion zwischen den verschiedenen Bewegungen, die sich dem Neoliberalismus widersetzen, beitragen. Es soll auch die Möglichkeit schaffen, weiterhin über die Formulierung konkreter Positionen nachzudenken und Alternativen und effiziente Aktionen zu entwickeln. Wir glauben, dass Sozialforen eine noch größere Breite und damit ein mehr an Stärke gegen die Umverteilung von unten nach oben, globale Ungerechtigkeiten und nationalistische Borniertheit entwickeln können. Genauer gesagt, geht es nicht nur darum, die Notwendigkeit einer anderen Welt im Dienst der Menschen zu betonen, sondern aufzuzeigen, dass diese andere Welt möglich ist! Gleichzeitig müssen Mittel und Wege zu ihrer Verwirklichung skizziert werden.

Bunt

Vielfalt ist unsere Stärke. Sie liegt an der Bereitschaft, auch unterschiedliche Positionen zu respektieren, voneinander zu lernen und in dem Willen, verschiedene Blickwinkel nicht zu verleugnen, sondern die Auseinandersetzung zu strukturieren, um die Debatte voranzubringen.

Vernetzung

Der Neoliberalismus hat Dimensionen erreicht, die Widerstand bitter nötig machen. An die vielen kleinen Verschlechterungen, die in Folge der Globalisierung der Weltwirtschaft angeblich unausweichlich seien, hatten wir uns schon fast gewöhnt. Die Proteste des ÖGBs gegen die "Pensionskürzungsreform" mit den größten Streiks der Nachkriegsgeschichte, die unzähligen Veranstaltungen gegen den Krieg und die Besatzung im Irak und zuletzt der Streik der EisenbahnerInnengewerkschaft gegen die Zerschlagung und Privatisierung der ÖBB haben gezeigt, dass der Unmut und Widerstand wächst. Gegen die unsägliche

Sachzwangpolitik agieren viele schon seit Jahren. Die neoliberale Ideologie wurde und wird begleitet von der Suche nach dem Sündenbock: Jugendliche seien nur an Spaß interessiert, RentnerInnen zu reich, MigrantInnen zu viele, Arbeitslose zu faul. Gegen solche Ausgrenzungspolitik möchten wir eine konsequente Solidarität setzen.

Verteilungsfrage???

- Das Vermögen der drei reichsten Milliardäre hat sich seit 1994 verdreifacht und ist größer als das Bruttoinlandsprodukt der 48 ärmsten Länder.
- Hingegen könnte laut UNO die jährliche Abgabe von 1% des Reichtums der 200 weltweit reichsten Personen die Trinkwasserversorgung und die Abwasserentsorgung für alle Menschen sichern. Ein zweites Prozent könnte den Zugang zur Grundbildung für alle schaffen.

Eine andere Welt ist möglich!

Nachhaltige Entwicklung und faire Wirtschaftsbeziehungen statt Neoliberalismus, Friede und Solidarität statt Krieg, Soziale Rechte und Gleichheit statt Ausgrenzung, Gleichstellung der Geschlechter statt Unterdrückung, die Überwindung struktureller Zusammenhänge zwischen dem Reichtum im Norden und der Armut im Süden: Das sind die Ansätze, von denen die zahlreichen Sozialforen ausgehen, die in allen Teilen der Welt auf globaler, kontinentaler, nationaler und regionaler Ebene stattfinden. Sie alle sprechen sich für die Erneuerung gesellschaftlicher Strukturen aus und entwickeln konkrete Vorschläge, wie die Menschen und ihre Umwelt in gesellschaftlicher Verantwortung zum Mittelpunkt demokratischer Politik der regionalen und globalen Gestaltung werden können. Daran wollen wir beim ASF in Linz anknüpfen.

Wir brauchen das Sozialforum! - als Raum der Begegnung und der Vernetzung von Ideen und Bewegungen, um die Angst vor Selbstbestimmung zu verlieren und es uns Menschen wieder möglich wird, Wirtschaft und Politik im Sinne unserer eigenen Anliegen und Bedürfnisse zu gestalten. Damit uns das gelingt, bedarf es der Zusammenarbeit und des Austausches aller - im Respekt vor unserer Unterschiedlichkeit in Geschlecht, Herkunft, Weltanschauung und Konfession -, womit die Konturen einer anderen - besseren - Welt sich abzuzeichnen beginnen.

**Überregionale ASF-Vorbereitungstreffen, 31.01.2004 - Linz
www.socialforum.at**

Bundesausschuss Friedensratschlag:

Schluss mit Krieg und Besatzung - Abrüstung statt Sozialabbau

Aktionsschwerpunkte für die Friedensbewegung Frühjahr 2004

"Die Vereinigten Staaten werden nie um Erlaubnis bitten, die Sicherheit ihres Volkes zu verteidigen." (US-Präsident Bush über das "Recht" überall in der Welt Krieg zu führen, Rede zur Lage der Nation am 20. Januar 2004)

"Wir müssen der globale Widerstand gegen die Besatzung werden." (Arundhati Roy auf dem Weltsozialforum in Mumbai/Indien am 16. Januar 2004)

Der Bundesausschuss Friedensratschlag, der sich am 25. Januar in Kassel traf, schlägt folgende Aktionsschwerpunkte für das Frühjahr 2004 vor:

1 Irak: Die Besatzung beenden - Keine Bundeswehr in den Irak

Fast neun Monate nach dem offiziell verkündeten Ende des Kriegs muss die Besatzung des Irak durch Truppen der Koalition als gescheitert betrachtet werden. Weder gelang es den US-amerikanischen Streitkräften und ihren Verbündeten, ein wirkliches Ende der Kampfhandlungen herbeizuführen, noch konnten sie eine effektive zivile Verwaltung aufbauen und die öffentliche Infrastruktur wiederherstellen. Auch die Festnahme Saddams Husseins am 13. Dezember letzten Jahres hat nicht den gewünschten Effekt gehabt: Die Angriffe auf US- und andere ausländische Soldaten und Militäreinrichtungen konnten ebenso wenig eingeschränkt werden wie die sich häufenden willkürlichen Gewaltakte und Terroranschläge, denen zunehmend auch Zivilpersonen zum Opfer fallen.

Es zeigt sich: Angriffskriege zerstören die Stabilität und Sicherheit. Immer Mehr Menschen wenden sich gegen die Besatzung und dem Widerstand zu.

Die desaströse Lage im Irak ist zuallererst Resultat eines völkerrechtswidrigen und politisch verheerenden Krieges, der zu Recht von der großen Mehrheit in diesem Land, der weltweiten Friedensbewegung und von den meisten Regierungen seiner Zeit abgelehnt wurde. Der Krieg beruhte von Anfang an auf Lügen und fabrizierten "Beweisen" für die Bedrohung durch angebliche irakische Massenvernichtungswaffen. Hinweise auf ihre Existenz konnten nicht einmal die 1.100 US-eigenen Waffeninspektoren finden. In dieser Situation ist es geradezu abenteuerlich, wenn Frankreich und Deutschland erwägen, sich im Irak auch mit Soldaten zu beteiligen - zur Grenzsicherung etwa oder mit einem Bundeswehrlazarett. Jede Hilfe, die den Besatzungsmächten im Irak dient, und sei sie noch so "humanitär" begründet, ist eine nachträgliche Legitimierung des unrechtmäßigen Krieges und wird zudem Angriffe und Anschläge provozieren.

Aus Sorge um die Entwicklung im Irak hält der Bundesausschuss Friedensratschlag folgende Alternativen für notwendig:

- Abzug der Besatzungstruppen aus dem Irak.
- Die UNO sollte die Aufsicht über die zu organisierenden Wahlen übernehmen.
- Der von den USA eingesetzte "Regierenden Rat" beendet mit der Abhaltung demokratischer Wahlen und der daraus hervorgehenden rechtmäßigen Regierung seine Tätigkeit.

- Die Kriegsallianz, insbesondere die USA und Großbritannien, wird verpflichtet, für die Kosten der Schadensbeseitigung aufzukommen.
- Die Kontrolle über die irakischen Ölquellen und andere Ressourcen wird den Besatzungsmächten entzogen und der rechtmäßig gewählten irakischen Regierung übertragen - gemäß der Resolution des UN-Sicherheitsrats 1483 (2003) und Art. 1 Abs. 2 des "Internationalen Pakts über wirtschaftliche, soziale und kulturelle Rechte", in dem es heißt: "Alle Völker können für ihre eigenen Zwecke frei über ihre natürlichen Reichtümer und Mittel verfügen..."

Was wir tun:

Einem Appell des Europäischen Sozialforums in Paris vom November 2003 und des Weltsozialforums in Mumbai (Bombay) vom Januar 2004 folgend - ruft die Friedensbewegung am 20. März, dem ersten Jahrestag des Beginns des Irakkriegs, im ganzen Land zu vielfältigen Aktionen des Protests gegen Besatzung und Krieg auf. Wir wollen, dass an diesem Tag im ganzen Land um 12 Uhr ein Zeichen des Widerstands gegen die Kriegspolitik gesetzt wird: Wir "widersetzen" uns, indem wir uns niedersetzen - überall!

Die Friedensbewegung wird ihre Veranstaltungen und Hearings im Rahmen der Vorbereitung eines Kriegs-Tribunals fortsetzen. Die Verantwortlichen für den Irakkrieg müssen auf die Anklagebank.

Wir rufen auf, den 15. Februar 2004 (an diesem Tag demonstrierten vor einem Jahr Millionen Menschen in der ganzen Welt gegen den drohenden Irakkrieg) zu einem Informationstag über friedenspolitische Alternativen zu Krieg und Besatzung im Irak zu machen.

2 Naher Osten: Gegen Besatzung, Mauer, Krieg und Attentate

Besatzung und Krieg herrschen weiterhin auch im Nahen Osten. Der israelisch-palästinensische Konflikt, dem in den letzten drei Jahren über 2.600 Tote und 41.000 Verletzte auf palästinensischer und 915 Tote und 4.166 Verletzte auf israelischer Seite zum Opfer gefallen sind (Stand: Oktober 2003), wird solange nicht beendet werden können, solange die wesentlichen Grundlage für einen gerechten Frieden nicht geschaffen werden. Dazu gehören:

- die Beendigung der israelischen Besatzung,
- die Räumung aller Siedlungen auf palästinensischem Territorium,
- eine einvernehmliche Lösung der Flüchtlingsfrage,
- die Gründung und Anerkennung eines souveränen palästinensischen Staates mit Ostjerusalem als Hauptstadt,
- die endgültige Anerkennung der israelischen Grenzen durch die arabischen Staaten.

Die von israelischen und palästinensischen Politikern und Friedensbewegungen im Dezember 2003 gestartete inoffizielle "Genfer Initiative" kann neue Impulse für eine Verhandlungslösung geben. Alles erscheint besser als die Fortsetzung des Kriegszustands, der Besatzung, des Mauerbaus, des Landraubs und der Attentate.

Was wir tun:

Die Proteste der Friedensbewegung am 20. März richten sich auch gegen die Hardliner im Nahen Osten. Wir unterstützen die Kampagne gegen die Mauer im besetzten Westjordanland.

3 Gegen Präventivkriege. Atomwaffen abschaffen - nicht "verkleinern"!

Die besorgniserregenden Signale aus den USA betreffen nicht nur das völkerrechtswidrige Präventivkriegskonzept und den Ausbau der US-Militärstützpunkte in aller Welt. Präsident Bush will das Arsenal einsatzfähiger Massenvernichtungswaffen erweitern. Es sollen "kleine Atombomben" entwickelt werden, die mit hoch präzisen Trägersystemen punktgenau zum Einsatz kommen sollen. Das sind Massenvernichtungswaffen zum Einsatz in zukünftigen Präventivkriegen. Nicht die so genannten Schurkenstaaten bedrohen die Existenz der Menschheit; es sind wieder einmal die USA, die unter Missachtung geltender Verträge und im Widerspruch zum Völkerrecht kriegsführungsfähige Atomwaffen entwickeln und einsetzen wollen.

Der Präsident der Internationalen Atomenergiebehörde (IAEA), Mohamed el Baradei, hält die Gefahr eines Atomkriegs für "noch nie so groß wie heute". "Ein Atomkrieg rückt näher, wenn wir uns nicht auf ein neues internationales Kontrollsystem besinnen", sagte Baradei dem "Spiegel" (Ausgabe vom 26. Januar 2004). El Baradei warnte zudem davor, dass die von den USA derzeit entwickelten "Mini-Nukes" die Hemmschwelle für einen Angriff mit Atomwaffen senken könne.

Atomwaffen sind auch integraler Bestandteil der NATO-Bewaffnung und - seit dem NATO-Gipfel 1999 - Teil der neuen NATO-Strategie, die den Ersteinsatz solcher Waffen vorsieht - auch gegen Gegner, die selbst nicht über atomare Waffen verfügen. Diese Politik wird auch von der deutschen Bundesregierung unterstützt, die weiterhin die Stationierung von mehr als 60 Nuklearwaffen auf deutschem Boden duldet.

Was wir tun:

Atomwaffen abschaffen - bei uns anfangen! Der Nuklearpolitik der USA werden wir uns mit allen Kräften widersetzen - auch an den Stationierungsorten Ramstein und Büchel. Wir unterstützen den friedlichen Protest gegen die NATO-"Sicherheitskonferenz" am 6./7. Februar 2004 in München und fordern die Friedensbewegung auf daran teilzunehmen. Die Münchner "Sicherheitskonferenz" ist längst kein unverbindlicher Meinungs-austausch von Verteidigungsministern und Außenpolitikern aus NATO- und Nicht-NATO-Staaten. Auf und am Rande der Konferenz werden auch Verabredungen getroffen und Weichen gestellt für die militärische Neuordnung der Welt im Interesse transnationaler Konzerne und der großen Rüstungsindustrie.

4 Ja zu einem sozialen Europa - Nein zur Militarisierung der EU

Die Annahme der vom Außenbeauftragten der EU, Javier Solana, ausgearbeiteten Europäischen Sicherheitsstrategie (ESS) durch die Staats- und Regierungschefs der EU am 13. Dezember 2003 markiert eine fundamentale historische Wende in der Geschichte der Europäischen Union von einer "Zivilmacht" zur globalen Interventionsmacht. Analog zum Entwurf einer "Verfassung für Europa", der in Art. 40 Ziff. 3 eine Verpflichtung der Mitgliedsstaaten zur schrittweisen Erhöhung ihrer militärischen Fähigkeiten festschreibt, verlangt

die Militärdoktrin "mehr Mittel für die Verteidigung", um den Aufbau flexibler mobiler Truppen zu finanzieren.

Auch wenn die volle Einsatzfähigkeit der Schnellen EU-Eingreiftruppe von 80.000 Soldaten aller Teilstreitkräfte noch einige Zeit auf sich warten lässt, so sollen Militärdoktrin und EU-Verfassung die EU-Staaten auf eine ambitionierte Militarisierung der EU festlegen. Diese Politik stellt eine Bedrohung für die Welt dar!

Erfahrungsgemäß lassen sich Selbstmordterroristen weder durch Waffen abschrecken noch mit Krieg bekämpfen. Im Gegenteil: Krieg fördert den Terror noch. Die Drohung mit Krieg provoziert in gefährlicher Weise den Aufbau von Massenvernichtungspotenzialen in den sich bedroht fühlenden Staaten, weil ihnen eine effektive Verteidigung mit konventionellen Mitteln gegen die vernichtende Überlegenheit der Angreifer, zu denen künftig auch die EU zählen könnte, unmöglich erscheint. Die Militarisierung der EU-Außenpolitik verstärkt die Unsicherheit auf der Erde! Sie ist in hohem Maße kontraproduktiv und teuer.

Was wir tun:

Nicht Aufrüstung ist das Gebot der Stunde, sondern Abrüstung! Der Bundesausschuss Friedensratschlag lehnt aus all diesen Gründen die Europäische Sicherheitsstrategie und den vorliegenden Verfassungsentwurf ab. Wir sagen Ja zu Europa, aber Nein zur Militärverfassung. Wir treten für ein Europa ein, das sich dem Krieg verweigert und sich dem Sozialabbau widersetzt. Wir werden uns nicht am Bau einer "Festung Europa" beteiligen.

Wir unterstützen den europaweiten Aktionstag für ein anderes Europa am 9. Mai 2004, an dem die feierliche Verabschiedung der Europäischen Verfassung unter Ausschluss der Völker vorgesehen ist.

Auch die Wahlen zum Europäischen Parlament müssen zum Signal gegen die beabsichtigte Militarisierung Europas werden. Im Frühsommer werden auf Initiative des Friedensratschlags zahlreiche Vertreter/innen von Friedensorganisationen aus EU-Ländern zu einer Tagung zusammenkommen, um weitere gemeinsame Aktivitäten zu vereinbaren.

5 Abrüstung statt Sozialabbau!

Nach dem Willen von Verteidigungsminister Struck ist das künftige Einsatzgebiet der Bundeswehr "die ganze Welt"! Mit 35.000 Soldaten als Einsatzkräfte, weiteren 70.000 als Stabilisierungskräfte und schließlich 137.500 Soldaten als Unterstützungskräfte sollen die neuen Aufgaben bewältigt werden. Dazu bedarf es nach Auffassung der Bundesregierung auch einer umfassenden Modernisierung von Waffen und Gerät.

Insofern erweist sich die vollmundige Ankündigung des Ministers, bei Ausrüstung und Bewaffnung in den nächsten Jahren bis zu 26 Mrd. EUR einsparen zu wollen, bei näherem Hinsehen als Täuschungsmanöver. Tatsächlich werden alle wesentlichen Beschaffungsprogramme einschließlich des sündhaft teuren Eurofighters "vorrangig" weiterverfolgt. Selbst Waffen, die gegen den Geist des humanitären Kriegsvölkerrechts (Genfer Konventionen) verstoßen, bleiben im Bestand der Bundeswehr. Von der Abschaffung von Streubomben bei Heer und Luftwaffe beispielsweise ist keine Rede, auch lasergelenkte Bomben bleiben im Arsenal. Auch der angekündigte Abbau von 35.000 Stellen im militärischen und 10.000 Stellen im zivilen Bereich sowie der Abbau von rund 100 Bundeswehrstandorten wird nicht zu Einsparungen

führen. Vielmehr werden die dadurch frei werdenden Mittel zur Deckung des steigenden Bedarfs im investiven Bereich des Verteidigungshaushalts Verwendung finden.

Wir treten für demgegenüber für echte Abrüstungsmaßnahmen ein. Wir sind darüber hinaus für die Rücknahme der Agenda 2010 und wollen, dass der Sozial-, Bildungs- und Lohnabbau gestoppt wird.

Was wir tun:

Der Bundesausschuss Friedensratschlag stellt fest, dass sich diese Außen- und Sicherheitspolitik offensichtlich von dem Grundsatz leiten lässt: Je mehr deutsche Soldaten und deutsches Kriegsgerät bei Militärinterventionen eingesetzt werden, desto größer ist der deutsche Einfluss in der Welt. Dieser Entwicklung müssen wir uns mit aller Kraft widersetzen: auch mit Aktionen an Stationierungsorten oder - wie im Fall des "Bombodroms" - an Truppenübungsplätzen!

Wir schlagen vor, vom 20. März bis zum 3. April 2004 Aktionstage für Frieden und soziale Gerechtigkeit mit vielfältigen Aktionen und Veranstaltungen im ganzen Land durchzuführen. Die Ostermärsche sollen die internationale Vernetzung und Zusammenarbeit der weltweit aktiven Friedensbewegung demonstrieren. Der Appell "Abrüstung statt Sozialabbau" soll bis dahin hundertausendfach unterschrieben werden.

Die Friedensbewegung unterstützt vordringlich auch die Aktionen und Massendemonstrationen von Gewerkschaften, sozialen und globalisierungskritischen Bewegungen am 2. und 3. April.

6 Wir sind Teil des globalen Widerstands

Wir kämpfen für die Perspektiven einer friedlichen Welt, für globale Gerechtigkeit statt neoimperialer Vorherrschaft, für zivile Prävention statt Präventivkriege, für ein demokratisches Europa des Friedens statt einer EU-Armee, für Abrüstung statt Sozialabbau.

Diese Ziele einen uns mit allen anderen fortschrittlichen sozialen Bewegungen. Gemeinsam wollen wir über globale ökonomische, soziale, kulturelle und ökologische Zusammenhänge aufklären, um praktische Alternativen zum verschwenderischen und zerstörerischen Kapitalismus zu entwickeln und durchzusetzen.

"Ohne Entwicklung und Hoffnung wird es keinen Frieden geben. (...) 2004 muss anders werden. Es muss ein Jahr werden, in dem sich die Zeiten beginnen zu wenden."
(UN-Generalsekretär Kofi Annan in seiner Neujahrsansprache zum Jahreswechsel 2003/04)

Kassel, 25. Januar 2004

Kriegskonferenz in München - Die Themen

Am ersten Februarwochenende 2004 trifft sich die weltweite Kriegselite zu ihrem Jubiläumsgipfel - 40. NATO- "Sicherheitskonferenz" - im Nobelhotel Bayerischer Hof in München. Sämtliche NATO-Verteidigungsminister haben sich angesagt, Kriegskanzler Schröder ist eingeladen und weitere "Persönlichkeiten" aus Politik, Rüstung und Militär werden erwartet. Die besondere Bedeutung, die diese Kriegskonferenz im Laufe der Jahrzehnte erhalten hat, drückt sich jedoch nicht allein durch die Anwesenheit so vieler Kriegstreiber aus, sondern findet ihren Ausdruck in den politischen Themenschwerpunkten, die dort abgehandelt werden. Das besondere an der Münchner Konferenz ist nämlich, dass es sich nicht um einen Vorzeigegipfel handelt, auf dem im Vorfeld beschlossene und ausgearbeitete Pläne der Weltöffentlichkeit präsentiert werden, sondern um einen Ort tatsächlicher Auseinandersetzung und Diskussion. Hier werden die neuen strategischen Ziele abgesteckt und weltweit koordiniert, die Perspektiven der Militärpolitik, aber auch die Widersprüche der verschiedenen Bündnisse diskutiert.

"Weiterentwicklung" der transatlantischen Beziehungen

Die "Weiterentwicklung der transatlantischen Beziehungen" wird wieder einmal im Vordergrund der Kriegstreiber-Debatte stehen. Unter dem Deckmantel einer europäischen Außen- und Verteidigungspolitik, bereitet sich die EU darauf vor, als "gleichberechtigter Partner der USA", zu einer global agierenden Militärmacht aufzusteigen. Die Aufstellung der "Schnellen Eingreiftruppe", die unabhängig von der NATO operieren soll; die angestrebte Einrichtung einer europäischen Rüstungsagentur; die Verabschiedung einer Europäischen Sicherheitsstrategie (12.12.03) durch den Europäischen Rat, die ähnlich der "Bush-Doktrin" den Weg für Präventivkriege freimacht, dies sind alles Elemente eines militärisch abgesicherten Weltmachtstrebens der EU. Die Konflikte, die daraus erwachsen, ob innerhalb des "Transatlantischen Bündnisses" (NATO) bzw. speziell mit den USA, die über die europäischen

militärischen Ressourcen nach eigener Interessenlage im Rahmen der NATO verfügen wollen, werden die kommende Konferenz maßgeblich bestimmen.

Das europäische Streben nach mehr militärischer Eigenständigkeit und amerikanisches Misstrauen dem gegenüber, die Diskussion darüber war bereits während der diesjährigen NATO-Herbsttagung in vollem Gange und offenbarte die Brüche, die das Militär-Bündnis durchziehen. Dreizehn Jahre nach Beendigung des "Kalten Krieges" wird immer deutlicher, dass die NATO auf dünnem Eis agiert, ohne gemeinsamen Feind und gelähmt durch die Interessenkonflikte der kapitalistischen Mächte steckt sie heute in einer tiefen Sinnkrise. Schon die Übernahme des ISAF-Einsatzes in Afghanistan gestaltete sich äußerst problematisch, nun drängt die amerikanische Regierung auf eine Entlastung seitens der NATO im Irak.

Welche Zugeständnisse werden sich die USA abringen lassen, um den Segen der deutschen und französischen Regierung für ein Engagement des Bündnisses im Irak zu erhalten? Unter einer Beteiligung deutscher und französischer Firmen an der wirtschaftlichen Ausbeutung des Irak wird nichts gehen. - Darüber wird in München gestritten werden, nicht Weiterentwicklung, sondern Schadensbegrenzung der "transatlantischen Beziehungen" wird auf der Tagungsordnung stehen.

Internationaler Terrorismus und die Frage der Nichtweiterverbreitung von Massenvernichtungswaffen

Offiziell wird es auf dieser Kriegskonferenz außerdem um den "internationalen Terrorismus und die Frage der Nichtweiterverbreitung von Massenvernichtungswaffen", sowie eine dafür benötigte "gemeinsame Bedrohungs- und Gefahrenanalyse" gehen. Tatsächlich geht es jedoch um die Zurichtung der Welt nach kapitalistischen Verwertungskriterien, um die "Neuordnung" der Welt nach den Interessen der transnationalen Konzerne und Banken, sowie der reichen Nationalstaaten, die gegebenenfalls militärisch durchgesetzt werden wird.

Ausgehend von einer Bedrohungsanalyse, der zufolge Gefahren vor allem vom internationalen Terrorismus, von der Verbreitung von Massenvernichtungswaffen und dem Scheitern von Staaten (failed states) ausgehen, hat sich die EU auf eine Präventivkriegsstrategie ausgerichtet, wie sie sich auch in der "Bush-Doktrin" findet. Ob gemeinsam oder in Konkurrenz zueinander, es sind die kapitalistischen Großmächte, welche die eigentliche Bedrohung der Welt darstellen. In ihren Händen befindet sich der Großteil an Massenvernichtungswaffen und sie sind es, die mit ihren Kriegen die Welt terrorisieren. Wird uns im Bayerischen Hof das nächste "Reich des Bösen" präsentiert oder langt ihnen momentan ein drohendes Trauma, ähnlich wie nach dem Vietnamkrieg, im Irak?

"Unvorstellbare Dinge tun!?"

"Wir müssen in Afghanistan Kurs halten, wie wir dies auf dem Balkan getan haben. Schließlich müssen wir uns auch darauf vorbereiten, Dinge morgen zu tun, die heute noch als unvorstellbar oder unmöglich erscheinen", sagte NATO-Generalsekretär Robertson, der sein Amt Ende 2003 an den Niederländer Jaap de Hoop Scheffer übergibt, auf der Herbsttagung des Bündnisses. Was der Brite mit seinen philosophisch angehauchten Worten zum Ausdruck bringen wollte, das wird womöglich auch Thema in München sein, denn es ist am Wochenende der Kriegskonferenz ein informelles Treffen der NATO-Verteidigungsminister geplant. Offiziell um den neuen Generalsekretär einzuführen, es ist jedoch davon auszugehen, dass zumindest ein Einsatz der NATO im Irak Thema sein wird. Basierend auf den Äußerungen von Robertson könnte die Debatte aber auch

Themen beinhalten, die "heute noch unvorstellbar erscheinen". So könnte es beispielsweise um Staaten, wie die ehemaligen Sowjetrepubliken (z.B. Georgien), gehen, die gemäß westlicher Definition vom Scheitern bedroht sind und wo es bereits heute zu Interessenkonflikten zwischen den USA, der EU und auch Russland kommt.

Insgesamt betrachtet ist die so genannte NATO-Sicherheitskonferenz ein geeigneter Anlass, um Protest und Widerstand dagegen auf die Münchner Straßen zu tragen. Nicht nur für die Antikriegsbewegung, sondern auch für die Bewegungen gegen die kapitalistische Globalisierung und den weltweiten Sozialraub. Dem Kampf gegen den globalisierten Kapitalismus und dessen kriegerischer Absicherung kann jedoch nicht alleinig auf der Straße begegnet werden, sondern bedarf einer ernsthaften inhaltlichen Auseinandersetzung, darum kommt alle auch zum Kongress nach München!

• 9.-11. Januar 2004: 2. Antikriegskongress im Münchner Gewerkschaftshaus

• **6. Februar 2004: Protestaktionen rund um den Bayerischen Hof -16:00 Uhr**

• **7. Februar 2004: Demonstration gegen die NATO-"Sicherheitskonferenz" - 12:00 Uhr Marienplatz**

NO PASARAN - Sie kommen nicht durch!

Kontakt

• ConAction Aufruf zu den Aktionen am 6./7. Februar 2004 [con_action@no-nato.de]

• KiF - Aufruf zu den Aktionen am 6./7. Februar 2004 [kontakt@no-nato.de]

• Gemeinsame Präambel zu den Aktionen am 6./7. Februar 2004 [kontakt@no-nato.de]

Aufruf zu Protesten gegen die so genannte NATO-„Sicherheits“-Konferenz am 6./7. Februar 2004

Bei der so genannten „Münchner Sicherheitskonferenz“ geht es nicht um internationale Sicherheit. Es geht um Absprachen und Koordination weltweiter Strategien zur militärischen Absicherung ökonomischer Herrschaftsansprüche.

Die letzte Tagung diente auch der Vorbereitung des verbrecherischen Angriffskrieges gegen den Irak. Über 30.000 Menschen haben im Februar 2003 auf Münchens Straßen und in Friedenskonferenzen gegen die NATO-Kriegstagung und den Irakkrieg protestiert. Weltweit kam es zu den bisher größten Antikriegsprotesten, allein am 15. Februar mit mehr als zehn Millionen Menschen.

Wir sind Teil der weltweiten Widerstandsbewegung, die sich über Seattle, Genua, Prag, Davos, München und Barcelona sowie über die internationalen Sozialforen in Porto Alegre und Florenz entwickelt hat.

Gemeinsam – Friedens- und Antikriegsbewegung, Gewerkschaften und soziale Bewegungen, die Bewegung gegen die kapitalistische Globalisierung und die internationale Solidaritätsbewegung – kämpfen wir gegen soziale Demontage, Aufrüstung und Krieg.

Wir sind ein breites Bündnis unterschiedlicher Gruppen mit verschiedenen Vorstellungen von Protest und Widerstand. Wir kritisieren aus unterschiedlichen Positionen weltweite Ungerechtigkeit und staatliche Kriegspolitik. Diese Vielfalt ist unsere Stärke. Wir lassen uns nicht spalten. Wir erklären den Kriegsstrategen: Ihr seid hier und anderswo unerwünscht.

Wir rufen auf zu Protesten gegen das Treffen der Weltkriegselite.

Die NATO-Sicherheitskonferenz darf nicht stattfinden. Wir werden protestieren – gemeinsam, entschlossen und kreativ. Wir lassen uns das Recht auf Meinungs- und Versammlungsfreiheit nicht nehmen oder durch Verbote einschränken.

Stoppt die weltweiten Kriege der NATO-Staaten!

Für ein soziales Europa

Keine EU-Militärmacht

Gegen die deutsche Kriegspolitik und weltweite Bundeswehreinätze

Statt sozialer Demontage und Aufrüstung – Umverteilung von oben nach unten

No justice no peace

Internationale Solidarität gegen Ausbeutung und militärische Unterdrückung

Kommt nach München am Freitag, 6. Februar 2004 ab 1600 Uhr zu Protesten rund um den Tagungsort Hotel Bayerischer Hof zur internationalen Großdemonstration am Samstag, 7. Februar um 1200 Uhr auf dem Marienplatz

Die Kriegsplaner dürfen nicht durchkommen – No pasaran!

ErstunterzeichnerInnen des Aufrufs (Weitere UnterstützerInnen bitte möglichst bald melden – siehe Fax-Abschnitt unten)

Attac München · Attac Campus · Bündnis München gegen Krieg · con action · DKP München · fortsetzung folgt · GEW Stadtverband München · Gruppe Antikapitalistas · LAK Münchner Schülerbündnis · Münchner Bürgerinitiative für Frieden u. Abrüstung – BIFA · PDS München · Plenum des Münchner Friedensbündnisses · RSB – Revolutionär Sozialistischer Bund – IV. Internationale · SDAJ – Sozialistische Deutsche Arbeiterjugend München · ver.di Bezirk München · VVN/BdA – Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes / Bund der Antifaschisten München

Verantwortlich im Sinne des Presserechts: Bernd Michl, Hedwigstraße 3, 80636 München, Tel. 089-1235448, Fax: 089-123 54 4

<http://www.friedenskalender.de/muenchen/konferenz.html>